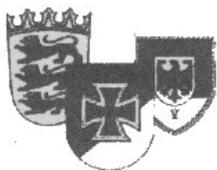


Verband der Reservisten der
Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Dokumentation
7. Sicherheits- und
Verteidigungspolitischer Kongress



Gesellschaft für
Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg

24. und 25. November 2000
in Korntal-Münchingen

*Die neue Bundeswehr -
Aufgaben und Struktur*

Unter der Schirmherrschaft des
Ministerpräsidenten
des Landes Baden-Württemberg
Erwin Teufel

Programm

Freitag 24. November 2000

- 17.00 Pressegespräch
- 18.00 **Eröffnung** mit anschließendem Empfang
- Begrüßung** durch den Landesvorsitzenden des VdRBw OTL d.R. Peter Eitze
- Grußwort des Schirmherrn** Staatssekretär Umwelt und Verkehr
Ministerpräsident Erwin Teufel Stefan Mappus MdL
- 19.00 **Einführung:** der Weg in die Zukunft
Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja
- 19.30 **Die konzeptionelle Neuorientierung für die
Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands** Vizeadmiral Rainer Feist
Stellvertreter des Generalinspektors
- Abendessen - Grußadressen

Samstag, 25. November 2000

- 09.00 **Forderungen an das Heer der Zukunft** Generalmajor Karl-Heinz Lather
Befehlshaber WBK V und
Kommandeur 10. PzDiv
- 10.15 **Die europäische Sicherheits- und Verteidigungs-
identität** Generalmajor Helmut Neubauer
Stellvertretender Kommandierender
General Eurokorps
- 11.00 **Arbeit in Arbeitskreisen**
- 14.00 **AK 1:** Die Rolle der Reservisten in der neuen Struktur - Oberst Schultjan, Kdr VBK 51
eine Analyse. Forderungen an Qualifikation und Ausbildung
- AK 2:** Streitkräftebasis und die territorialen Aufgaben - eine Herausforderung für Reservisten in der Führungs-
verantwortung Brigadegeneral Möhring
GNTA WBK V/10. PzDiv
- AK 3:** Multinationalität und europäische Eingreiftruppen -
Konsequenz für Struktur und Ausbildung der Reservisten Generalmajor Neubauer
- 12.30 Mittagessen
- 14.00 **Vorstellung der Arbeitsergebnisse im Plenum**
- 14.30 **Kurzvortrag: Pulverfass Naher Osten - Ausgangspunkt
Ausgangspunkt für einen Weltbrand?** Oberst a.D. d.R. Nikolaus Schmeja
- 15.00 **Verabschiedung des Ergebnis-papiers**
- 15.30 **Zusammenfassung und Verabschiedung** Peter Eitze und Nikolaus Schmeja

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Landesgruppe Baden-Württemberg

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Landesbereich Baden-Württemberg

Einführung

In Korntal-Münchingen trafen sich am 24. und 25. November 2000 Mitglieder der Landesgruppe Baden-Württemberg des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V., Delegierte des Landesbereiches Baden-Württemberg der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. und zahlreiche prominente Gäste aus dem In- und Ausland, um sich über die geplanten Reformen in den deutschen Streitkräften zu informieren und die Auswirkungen dieser weitreichenden strukturellen Veränderungen zu diskutieren. Das Thema des nunmehr 7. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses dieser beiden Organisationen lautete:

Die neue Bundeswehr. Aufgaben und Strukturen.

Die im Frühjahr und Sommer 2000 vorausgegangenen kontroversen Diskussionen über konzeptionelle Ansätze und über die Anpassung der deutschen Streitkräfte an die veränderten Aufgaben - bei äußerst knappen finanziellen Mitteln -, hatten viele Fragen über Wehrform, Umfang, Verfügbarkeit und materielle Erneuerung ausgelöst. Die Entscheidungen des Bundeskabinetts zu den Eckpfeilern der Neuausrichtung der Bundeswehr vom 14. Juni 2000 sowie zum Haushalt 2001 vom 21. Juni 2000 hatten den Rahmen und die Grundlagen der Reformen bestätigt. Mit Weisung vom 29. Juni 2000 hatte der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, die Ausplanung auf der Basis der erwähnten Eckwerte angeordnet. In dieser Phase, in der die Grobausplanung die Konturen der neuen Bundeswehr bereits sehr deutlich werden ließ, aber die Feinausplanung und die Details einzelner Bereiche noch offen waren, trafen wir uns in Korntal-Münchingen.

Drei Bereiche standen im Mittelpunkt der Informationsphase des Kongresses:

- Die konzeptionelle Neuorientierung für die Sicherheits - und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland und die daraus abzuleitenden Folgerungen für die Aufgaben und Struktur der Bundeswehr. Dieser Part wurde durch den Stellvertreter des Generalinspektors, Vizeadmiral Rainer Feist, vorgetragen und mit den Teilnehmern diskutiert.
- Folgerungen aus dem veränderten Aufgabenspektrum und den neuen Rahmenbedingungen für das Heer der Zukunft. Kompetent legte der Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor Karl-Heinz Lather, hierzu die konzeptionellen und strukturellen Auffassungen und notwendigen Veränderungen in der sicherlich am stärksten betroffenen Teilstreitkraft dar.
- Die Europäische Sicherheits - und Verteidigungsidentität. Gedankliche Ansätze und ihre Realisierung zu diesem in der NATO nicht unumstrittenen Vorhaben wurden vor allem am Beispiel des Eurokorps vom Stellvertretenden Kommandierenden General des Eurokorps in Straßburg, Generalmajor Helmut Neubauer, vorgetragen und diskutiert.

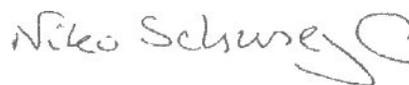
Einen besonders interessanten Tagungspunkt bildeten erstmals die Arbeitskreise, in denen die zahlreichen Fachleute ihre Überlegungen und Erfahrungen in die Debatte einbringen konnten. Insbesondere wurden die zukünftige Rolle, die Aufgaben, aber auch die veränderten Anforderungen an die Reservisten beleuchtet und interessante Gesichtspunkte zusammengetragen. Sie werden nicht ohne Einfluß auf die neue Reservistenkonzeption bleiben.

Abschließend bleibt zu sagen, daß auch der 7. Internationale Sicherheits - und Verteidigungspolitische Kongreß, ausgerichtet unter der bewährten Zusammenarbeit von VdRBw und GfW in Baden - Württemberg ein voller Erfolg war.

Um die Inhalte der Tagung über den Kreis der Teilnehmer hinaus bekannt zu machen, legen wir diese Dokumentation vor. Die Bereichsgeschäftsstelle V im VdRBw hat die Vorträge und Ergebnisse der Arbeitsgruppen zusammengestellt. Hierfür und für die gelungene Organisation des Kongresses gebührt ihr unser herzlicher Dank.



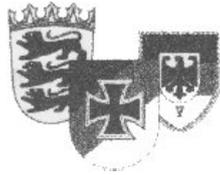
Peter Eitze
Oberst d.R. und
Landesvorsitzender VdRBw



Nikolaus Schmeja
Oberst a.D. und
Landesvorsitzender GfW



Gespannte Aufmerksamkeit: Oberstleutnant Bartz, Stv. Kommandeur PiBrig 50 (Bildmitte)



Eröffnungsrede

des Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg
im
Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.



Oberst der Reserve
Peter Eitze

“Die neue Bundeswehr - Aufgaben und Struktur”

Begrüßung durch den Vorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg Oberstleutnant d.R. Peter Eitze

Herr Staatssekretär, Herr Admiral, meine Herren Generale, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden!

Im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, eröffne ich den

7. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen
Kongress im Hotel Mercure in Korntal-Münchingen.

Er ist dem Thema

„Die neue Bundeswehr - Aufgaben und Struktur“

gewidmet.

Die Entscheidung für dieses Thema ist nicht zufällig. Im Zentrum der militärischen sowie sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskussion in unserem Land stehen der Auftrag, die neuen Aufgaben, die Wehrform, die neue Struktur und damit die Zukunft der Bundeswehr. Es ist ein glücklicher Zufall, dass dieser Kongreß in einen Zeitraum fällt, in dem wesentliche Entscheidungen über die Zukunft der Bundeswehr getroffen wurden und noch getroffen werden. Wir sind hierdurch in der Lage, Ihnen aus berufenem Munde neueste Informationen zu geben und können unsere Vorstellungen in die Diskussion einbringen. Wie Sie alle wissen, hat der Bundesminister der Verteidigung vor etwa einem Monat sein Konzept zur Neuausrichtung der Bundeswehr vorgestellt. Mit den Entscheidungen zu den Eckpfeilern der Neuausrichtung vom 14.06.2000 sowie zum Haushalt 2001 vom 21.06.2000 hat das Bundeskabinett Rahmen und Grundlagen einer umfassenden Bundeswehrreform gebilligt. Der Bundesminister der Verteidigung hat daraufhin mit Weisung vom 29.06.2000 die Ausplanung der Reform in Streitkräften und Wehrverwaltung eingeleitet. Die Grobausplanung als erster Schritt dieses Prozesses wurde Ende September abgeschlossen und am 12.10.2000 vorgelegt. Sie enthält die Vorgaben für die Feinausplanung, die Ende 2000, Anfang 2001 abgeschlossen sein soll.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir an dieser Stelle, aus der Sicht des Reservistenverbandes zwei Bemerkungen zu der derzeitigen Diskussion über die Beibehaltung der Wehrpflicht und den Beitrag, den die Streitkräfte im Rahmen der Bündnisverpflichtungen erbringen sollen.

Ich stelle mit Erleichterung fest, dass an der Wehrpflicht festgehalten wird. Es ist offensichtlich mit Mehrheit festgestellt worden, dass die Abschaffung der Wehrpflicht unsere Bundeswehr wohl völlig verändern würde. Zugleich hat man mit dem Erhalt der Wehrpflicht auch dem Gedanken der Aufwuchsfähigkeit und damit unserer traditionellen und geostrategisch logischen Ausrichtung als Landstreitmacht Rechnung getragen.

Die Reform der Bundeswehr hätte es verdient, finanziell besser gestellt zu werden. Leider ist der Anteil des Einzelplanes 14 im Bundeshaushalt seit Jahren kleiner geworden und auf einem Tiefstand angekommen. Es wäre wünschenswert, unsere Bundeswehr mit deutlich mehr Mitteln auszustatten.

Ich glaube nicht, dass es unseren alliierten Freunden verborgen bleibt, dass wir mit unseren

Verteidigungsanstrengungen, verglichen mit den Bruttoinlandsprodukten, deutlich hinter den großen und mittleren NATO-Partnern Zurückbleiben. So hat der stv. Generalsekretär der NATO, Edgar Buckley, während einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 21.09.2000 festgestellt, dass „Deutschland seinen Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht gerecht werde. Mit 1,48 % des Bruttoinlandsproduktes, die es in diesem Jahr für Verteidigung aufwenden werde, liege Deutschland im Bündnis auf Platz 14.“
Im Vergleich wendet Großbritannien 2,6 % des BIP und insgesamt 68,5 Mrd DM für Verteidigung auf, davon alleine 27 Mrd. DM für Investitionen.

Ich kann Ihnen versichern, dass unser Verband weiterhin an der Seite der Streitkräfte für eine finanzielle Verbesserung kämpfen wird. Ich bin überzeugt, dass die Reformen und die Modernisierung dann noch besser gelingen werden.

Wir wollen mit diesem Kongreß diese Themen ansprechen und zu einer sachlichen und zukunftsorientierten Diskussion beitragen. Die Veranstalter haben gehofft, Ihr geschätztes Interesse an diesen Sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen zu gewinnen. Sie haben mit ca. 170 Teilnehmern unsere Erwartungen wie bereits im letzten Jahr weit übertroffen. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihr so zahlreiches Kommen und hoffen, daß Sie zwei abwechslungsreiche und interessante Tage mit uns verbringen.

Meine Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, daß Sie unserer Einladung in so großer Zahl gefolgt sind. Erlauben Sie, daß wir unserer Freude über Ihr Kommen dadurch Ausdruck verleihen, daß ich einige Persönlichkeiten unter Ihnen namentlich nenne :

Ich heiße herzlich willkommen

Herrn Staatssekretär Stefan Mappus, MdL

Herr Staatssekretär, ich freue mich außerordentlich über Ihre Anwesenheit und danke Ihnen herzlich, daß Sie die Grußworte des Herrn Ministerpräsidenten und der Landesregierung Baden-Württemberg überbringen.

Meine Damen und Herren, unserer Einladung konnten Sie entnehmen, daß ursprünglich Dr. Thomas Schäuble, Innenminister des Landes Baden-Württemberg und MdL, vorgesehen war, das Grußwort zu überbringen. Er ist jedoch wegen der gleichzeitig stattfindenden Innenministerkonferenz nicht in der Lage zu uns zu kommen.

Stellvertretend für die Vertreter der Gebietskörperschaften und umliegenden Gemeinden begrüße ich

Herrn Regierungsvizepräsidenten Dr. Horst Rapp
Regierungspräsidium Stuttgart
und

Dr. Ulrich Rommelfanger,
Oberbürgermeister der Stadt Kornwestheim.

Wir freuen uns ganz besonders, daß Sie unseren Kongreß besuchen. Wir sind sehr gerne wieder in das „Württembergische“ gekommen, nachdem der letzte Kongreß in Korntal-Münchingen ein großer Erfolg gewesen ist.

Aus den Reihen des konsularischen Korps begrüße ich den Konsul der Republik Liberia, unseren Kameraden Oberstleutnant d.R. Dr. Hellmuth Dettinger. Er war lange Zeit für den Landesvorstand ehrenamtlich tätig und ich freue mich, daß er heute mit seiner Frau Gemahlin unter uns weilt.

Stellvertretend für alle anwesenden Angehörigen der Behörden im Lande würde ich gerne unseren Kameraden und neuen Oberfinanzpräsidenten und Oberst d. R. Dr. Manfred Walz sehr herzlich willkommen heißen, er ist jedoch unverhofft verhindert und wird morgen früh zu uns stoßen.

Herzlich begrüßen möchte ich an dieser Stelle Landesbranddirektor Dipl.-Ing. Ulrich Kortt. Er ist zugleich Fregattenkapitän der Reserve.

Stellvertretend für die hier anwesenden Angehörigen und mit uns verbündeten und befreundeten Streitkräfte und Verbände begrüße ich ganz herzlich:

Aus Österreich:

Herrn Divisionär Karl Redl,
den Militärkommandanten von Vorarlberg

Aus Frankreich:

Colonel Robert Schweickart,
Vizepräsident der UNOR, Section Bas-Rhin, Strasbourg

Ich begrüße sehr herzlich den Stellvertreter des Generalinspektors und Beauftragten für Reservistenangelegenheiten Herrn Vizeadmiral Rainer Feist unter uns. Es ist für uns eine große Freude, daß Sie erstmals unsere Landesgruppe besuchen und das Referat über „Die konzeptionelle Neuorientierung für die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik Deutschlands“ halten.

Ebenso herzlich begrüße ich einen guten Freund dieser Landesgruppe, den Stv. Kommandierenden General des Eurokorps in Straßburg, Herrn Generalmajor Helmut Neubauer.

Herr General, ich danke Ihnen, daß Sie zu uns gekommen sind und über „Die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ zu uns sprechen werden. Ich danke Ihnen ebenso herzlich, daß Sie die Leitung des AK 3 übernommen haben.

Ich begrüße, stellvertretend für alle aktiven Soldaten und zivilen Mitarbeiter des Wehrbereiches V, den Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. PzDiv, Herrn Generalmajor Karl-Heinz Lather, den stellvertretenden Befehlshaber im Wehrbereich V und General für nat. und territoriale Aufgaben, Herrn Brigadegeneral Hans-Dieter Möhring und den Kommandeur im VB 51, Herrn Oberst Helmut Schultjan, sehr herzlich.

Herr General Lather, ich freue mich nicht nur über Ihre Anwesenheit, sondern auch darüber, daß Sie morgen über die „Forderungen an das Heer der Zukunft“ vortragen werden. Herrn General Möhring und Herrn Oberst Schultjan danke ich für die spontane Bereitschaft die Leitung der AK 1 und 2 zu übernehmen.

Stellvertretend für alle zivilen Mitarbeiter der Streitkräfte begrüße ich sehr herzlich den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung V, Herrn Karl-Dieter Stein.

Herr Admiral, meine Herren Generale, Herr Präsident, Herr Oberst, Ihr Kommen ist Beweis für die gute, vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Freiwilligen Reservistenarbeit auf der Ebene des Wehrbereichs und der Verteidigungsbezirke.

Die mit uns befreundeten Verbände sind ebenfalls zahlreich vertreten. An ihrer Spitze begrüße ich herzlich die Vorsitzende des Bereiches V des Bundeswehrsozialwerkes, Frau Medizinaldirektorin Angelika Pohl, Stabshauptmann a.D. Roland Walther, den Vorsitzenden des Bereiches Süd des Deutschen Bundeswehrverbandes, sowie für den Landesvorsitzenden des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, den BezVors. Dr. Martin Lunitz.

Ich begrüße die hier anwesenden Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich, die an der Spitze durch unseren Kameraden Oberst a.D. d. R. Nikolaus Schmeja, den Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg vertreten sind. Ich möchte diese Gelegenheit einmal mehr nutzen, mich für die außerordentlich gute Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Wehrkunde zu bedanken, die auf allen Ebenen in Baden-Württemberg bestens funktioniert. Ich heiße aus den Reihen der Sektionsleiter der GfW unseren Kameraden Oberst d.R. Rolf Benedikt willkommen und gratuliere nachträglich zur Beförderung zum Oberst d.R.

Ich begrüße die Vertreter der Medien und freue mich auf eine ausgewogene und interessante Berichterstattung

Nicht zuletzt begrüße ich von ganzem Herzen meine Reservistenkameraden, die von außerhalb und aus ganz Baden-Württemberg, vom Taubertal bis zum Bodensee, vom Rheintal bis zum Allgäu, unserer Einladung gefolgt sind. Stellvertretend heiße ich den Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen und früheren Vizepräsidenten des Verbandes unseren Kameraden OTL d.R. Horst Hagemann und OTL d.R. Rolf Hellriegel, den 1. Stv. Vorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein und den Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe Baden-Württemberg, Oberst d.R. Dr. Roland Idler, herzlich willkommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren !

Ich bin mir sicher, daß die namhaften und höchst sachkundigen Referenten, die wir für diesen Kongreß gewinnen konnten, unser Thema aus allen Blickwinkeln beleuchten werden.

Wir werden, wie in den letzten drei Jahren, auch dieses Mal eine Dokumentation erstellen, die alle Vorträge enthält. Sie wird allen Parteien, den betroffenen Ministerien, der Bundeswehr, den Verbänden, Ihnen und allen interessierten Bürgern zugehen.

Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden Ihnen morgen Nachmittag im Plenum vorgestellt. Danach ist vorgesehen, die Ergebnisse in Form einer Resolution zusammenzufassen und der Öffentlichkeit vorzustellen. Wir werden neben den üblichen Medien hierzu auch erstmals das Internet nutzen.

Wir freuen uns auf interessante Vorträge, neue Erkenntnisse, konstruktive Diskussionen, interessante Gespräche und kameradschaftliche Begegnungen.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der bereits zum fünften Male die Schirmherrschaft über diesen Kongreß übernommen hat. Dies ist für uns eine große Ehre und Verpflichtung. Wir sehen es aber auch als Bestätigung unserer Verbandsarbeit und unseres Bemühens, einen Beitrag zur Diskussion um unsere Sicherheit zu leisten.

Das Grußwort des Herrn Ministerpräsidenten Erwin Teufel überbringt nun Staatssekretär Stefan Mappus, MdL.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.



Landesvorsitzender Eitze im Gespräch mit dem Militärkommandanten Vorarlberg,
Divisionär Karl Redl

Der Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium für Umwelt und Verkehr, MdL (CDU) Stefan Mappus überbringt die Grüße des Schirmherrn, Ministerpräsident Erwin Teufel



Mappus wird jüngster Reservist

Staatssekretär ist „stolz, in der Bundeswehr gedient zu haben“

Tzt. Seit dem Wochenende ist Stefan Mappus, Pforzheimer CDU-MdL und Staatssekretär im baden-württembergischen Ministerium für Umwelt und Verkehr, jüngstes von rund 15 000 Mitgliedern der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Bundeswehr. In Korntal-Münchingen überbrachte er dem siebten Internationalen Sicherheits- **und** Verteidigungspolitischen Kongress der Reservisten-Landesgruppe die Grußworte von Ministerpräsident Erwin Teufel, der die Schirmherrschaft über den Kongress übernommen hatte.

Im Mittelpunkt der hochrangig besetzten

Veranstaltung, die neben dem Reservistenverband von der Landesgruppe V (Baden-Württemberg) der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik getragen wurde, standen „Aufgaben und Struktur der neuen Bundeswehr“.

Stefan Mappus, nach seinen Worten „nur Obergefreiter der Reserve“, ist „stolz, in der Bundeswehr gedient zu haben“. Spontan trat er jetzt dem Reservistenverband bei, in dessen Namen ihn der Landesvorsitzende und Konstanzer Staatsanwalt, Oberstleutnant d.R. Peter Eitze, unter dem Beifall der Kongressteilnehmer willkommen hieß.



Einführung

des Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg
der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik



Oberst a.D.
Nikolaus Schmeja

“Der Weg in die Zukunft”

Der Weg in die Zukunft.

1 - Die Notwendigkeit von Veränderungen

Strukturelle Reformen, komplette Umorganisationen waren in allen Zeiten - bei den Heeren der Antike wie bei den Streitkräften der Gegenwart - gang und gäbe. Einem der Cäsaren des 3. Jahrhunderts wird der Ausspruch zugeschrieben: "Soldaten wollen beschäftigt sein. Bedroht kein Feind das Reich, sind die Barbaren friedlich, muß man das Heer reorganisieren, Garnisonen verlegen, Offiziere versetzen und neue Waffen einführen, sonst wird durch den Müßiggang die Disziplin und Einsatzfähigkeit untergraben, die Unzufriedenheit wächst und politische Einmischung in die Angelegenheiten des Staates ist die Folge."

In der Tat dürften für die aktuellen Veränderungen weniger die Notwendigkeit, Truppe und Stäbe beschäftigt zu halten, verantwortlich sein, sondern technische Neuerungen und veränderte Aufgabenstellungen auf Grund neuer politischer Konstellationen. Der dramatische Umbruch von 1989/1994 hatte revolutionären Charakter und ist konzeptionell wie in Fähigkeiten und Strukturen der Streitkräfte noch keineswegs durchgehend verarbeitet. Der in Europa zu beobachtende Versuch, unter Reformen in den Streitkräften vor allem die Kürzung des Verteidigungsetats zu verstehen und ohne wirklichen konzeptionellen Neuansatz mit einer verkleinerten Ausgabe der Armeen der Zeit des Kalten Krieges zufrieden zu sein, hat sich sehr rasch als den realen Herausforderungen nicht angemessen erwiesen. Nicht zuletzt der Balkan - Konflikt hat die Schwächen der europäischen Bündnispartner im Nordatlantik - Pakt deutlich werden lassen und im Kaukasus und Zentralasien zeigen sich auch die russischen Streitkräften den Anforderungen nur unzureichend gewachsen. Ihre Misserfolge sprechen eine deutliche Sprache. Was also hat sich so verändert, daß die bekannten Strukturen und die über Jahrzehnte entwickelten Fähigkeiten der Lage nicht mehr standhalten?

2. Der Wandel in der Welt

Auslöser der Veränderungen sind neue, vor allem auf technischer Innovation beruhende Fähigkeiten und Möglichkeiten, die Globalisierung im wirtschaftlichen Bereich, die mehr und mehr auf andere Felder übergreift und das Ende des Kalten Krieges, das die gültigen Ordnungsmuster der bipolaren Welt in Frage stellte oder sogar auflöste.

Im Bereich der Technik sind es vor allem die neuen Möglichkeiten im Bereich der Informationsgewinnung, - Verarbeitung und - Übermittlung, die in Verbindung mit der Verbesserung der Transport - und Verkehrssysteme eine Nähe und Vernetzung erzeugen, die Anlass gibt vom "global village" zu sprechen und Abschottung sowie Grenzen jeder Art fragwürdig werden läßt.

In der Folge der oben beschriebenen technischen Entwicklung und partiell gefördert durch den ideologischen Wettstreit und die Entkolonialisierung haben sich die Märkte geöffnet und den weltweiten Austausch von Gütern, Dienstleistungen, Arbeitskräften und Kapital ermöglicht. Der Zerfall des Ostblocks beseitigte viele der bestehenden Barrieren und Engpässe und beschleunigte und verstärkte die Globalisierung enorm.

Der ständig zunehmende Handel, die weltweit wirksamen Finanztransfers, die stetig wachsende Informationsflut und die immens gestiegene Mobilität haben die Herausbildung internationaler Strukturen zunächst im wirtschaftlichen, dann aber auch zunehmend im politischen Bereich gefördert. Der Einfluß der Wirtschaft und ihrer potenten Vertreter auf internationale Entwicklungen ist gewachsen, die Souveränität der Nationalstaaten im Bereich

der Wirtschafts - und Finanzpolitik dagegen wurde deutlich geschwächt. Damit wurden zunehmend Barrieren gegen klassische zwischenstaatliche Kriege aufgebaut, die sich fast nur noch unterentwickelte Staaten leisten können, andererseits hat sich die Anfälligkeit gegen gewalttätige Störungen erhöht. Dies gibt auch eher kleineren oder regional begrenzten Bewegungen ein Mittel an die Hand, im Zusammenhang mit einer entsprechenden medialen Darstellung weltweit überdimensionale Wirkungen mit vergleichsweise einfachen Aktionen zu erzielen, die die Staaten oft hilflos und unfähig aussehen lassen.

3. Vom Kalten Krieg zur neuen Weltordnung

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 wurde mit den Vereinten Nationen eine internationale Organisation geschaffen, die vor allem den Frieden bewahren und die Zusammenarbeit der souveränen Nationalstaaten fördern sollte. Die Erfahrungen mit dem Völkerbund, die Entstehungsgeschichte zum Zweiten Weltkrieg, die Gräueltaten - vor allem während des Krieges - und die gewaltigen Anstrengungen insbesondere der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Chinas, den Krieg siegreich zu beenden, führten zum Versuch, eine universale Ordnung zu schaffen, die auf der Achtung der souveränen Gleichheit der Staaten, einem allgemeinen Gewaltverbot, dem Schutz der Menschenrechte und einer besonderen Verpflichtung der Großmächte durch das Gremium des Sicherheitsrates beruhen sollte. Der Versuch hatte vor allem wegen des Kalten Krieges nur sehr begrenzten Erfolg.

Der ideologisch und machtpolitisch begründete Ost - West - Konflikt und die parallel laufende Entkolonialisierung haben einerseits den Gedanken der souveränen Gleichheit und Unabhängigkeit in Frage gestellt, andererseits immer mehr Staaten als Teilnehmer am Weltgeschehen geschaffen, die mit den klassischen Nationalstaaten zunächst nur den Rechtsanspruch, aber im Bewußtsein, im Selbstverständnis und ihren Fähigkeiten nur wenige Gemeinsamkeiten besaßen. Der Versuch, sich über ideologische Anpassung an West oder Ost anzulehnen und damit die eigenen Probleme zu lösen, scheiterte durchweg, da die ideologischen Ansätze der entwickelten Welt die Fragen der Dritten Welt nur teilweise beantworteten, im Gegenteil, häufig die Probleme eher noch verschärften.

Fortschritte in der verfügbaren Technologie und die Globalisierung der Wirtschaft leiteten den Zerfall der Sowjetunion und damit das Ende des Glaubens an eine Lösung der Weltprobleme durch die Ideologie des Sozialismus / Kommunismus ein. Demokratisierung statt Klassen - und Funktionärsherrschaft, private Verfügung über Produktionsmittel und Land sowie offene Märkte statt zentral gesteuerter Staatswirtschaften führten zu Fukuyamas These vom "Ende der Geschichte". Legitimation der Machtausübung durch das Volk und die zunehmende Internationalisierung von Märkten, kulturellen Einflüssen und der Informationsbetrieben haben die Frage nach Identität und den legitimen Trägern der Selbstbestimmung erheblich verschärft. Identität aus gewachsenem Nationalbewußtsein, aus Zugehörigkeit zu einem Staat, mit dessen Geschichte, Kultur und Wertbegriffen man auf das Engste verbunden ist, war problemlos. Mit dem Rückgriff auf historische Vorgänger, auf Geschichte (z.B. Serbien), Religion (Islam, Orthodoxie) oder ethnische Zusammengehörigkeit wurde versucht eine Gemeinsamkeit zu erzeugen. Diese Wege der Selbstfindung bedeuten aber zugleich Abgrenzung und sind damit konfliktträchtig. Hier sind die wesentlichen Ursachen für die Verwerfungen und kriegerischen Verwicklungen in der zerfallenen Sowjetunion und in Jugoslawien zu sehen.

Die oben beschriebenen Möglichkeiten standen vielen Staaten der Dritten Welt, die mit meist zufälligen Grenzen und ohne Geschichte aus ehemaligen Kolonien entstanden, kaum zur Verfügung. Identitätsprobleme und fehlende Strukturen zur Ausbildung solidarischen Empfindens und Handelns in diesen in den Bereichen Infrastruktur, Wirtschaft und Admini-

stration unterentwickelten Ländern haben eine Vielzahl von Krisen beschworen, die vor allem als innere Konflikte und Bürgerkriege ausgetragen wurden und Auswirkungen über das eigentliche Krisengebiet hinaus haben. So sind diese Konflikte einerseits emanzipatorisch bedingt andererseits aber auch der Versuch, Herrschaft zu erhalten oder Macht neu zu verteilen. Die Bevormundung durch die ehemaligen Kolonialherren, die "führende" Rolle im ideologischen Lager (Sowjetunion) überzeugen nicht mehr; aber auch die eher rational und wirtschaftlich - technisch begründete "sanfte Hegemonie" der USA verliert nach dem Ende des Kalten Krieges ihre bindende Kraft und wird zunehmend in Frage gestellt.

Der Weg zu gemeinsamen Strukturen der Wesens - und Entwicklungsgleichen (wie z.B. in der Europäischen Union oder in der NATO), die bewußt neben den Gemeinsamkeiten der Interessen die Verwandtschaft der Wertvorstellungen und Staatsordnungen als Bindeglied und Voraussetzungen der engen Zusammenarbeit erwähnen, ist damit auf eine Ebene gehoben, die bei Huntington als die Bindung durch die gemeinsame Kultur beschrieben ist. Gerade hier im Bereich der klassischen Innen-, Gesellschafts- und Sozialpolitik sind aber die Spannungen in der Zusammenarbeit zwischen den Europäern am größten, wird der Verlust der eigenen Identität und Selbstbestimmung am meisten befürchtet und damit, wie der europäische Gipfel in Nizza gezeigt hat, der größte Widerstand gegen eine weitere Integration aufgebaut. Das innere Gefüge und die Sozialordnung sollen - nach Meinung vieler Bürger - auf Dauer offensichtlich die Domäne des Nationalstaates bleiben, obwohl diese mit der wirtschaftlichen Öffnung, Internationalisierung und Verflechtung sowie den zunehmenden Wanderungsbewegungen immer mehr in Frage gestellt ist. Die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft für Neues und Neue wird eine wichtige Voraussetzung für eine positive Entwicklung, die aber nur auf der Basis einer inneren Stabilität, die sich aus einer entsprechenden offenen Einstellung einerseits und einer festen Verankerung in wertorientierten, gleichwohl flexiblen Strukturen andererseits speist, gelingen kann.

4. Krisenmanagement und Streitkräfte

Betrachten wir die aktuellen Krisen und Konflikte in unserer Welt, so überwiegen die innerstaatlichen Auseinandersetzungen und Bürgerkriege. Sie speisen sich vor allem aus vier Quellen:

- Undeutliche Staatsidentität, die zu Herrschaftsansprüchen oder Separationswünschen von Gruppen führt;
- Einmischung von Nachbarn und Großmächten, die mit ihren widersprüchlichen Interessen häufig Konfrontation verschärfen,
- Unerträgliches Wohlstandsgefälle und Einkommensverteilung bei meist ungerechten und einseitigen Wirtschaftsstrukturen;
- Rechtsunsicherheiten bzw. Rechtsverweigerung gegenüber bestimmten Gruppen.

Die internationale Gemeinschaft und insbesondere die Vereinten Nationen leiden an strukturellen Mängeln, die ihre Handlungsfähigkeit erheblich einschränken. Die Generalversammlung hat im wesentlichen nur das Recht Empfehlungen auszusprechen, der entscheidende Sicherheitsrat wird zu oft durch die mit einem absoluten Veto ausgestatteten ständigen Mitglieder ausgeschaltet, die Internationale Gerichtsbarkeit kann Streitfälle nicht oder nicht bindend entscheiden. Selbst wenn Beschlüsse zustande kommen, ist die Durchsetzung durch eine schwache Organisation für Militär - oder Polizeiaktionen wenig effizient. Bei komplexen Operationen bleibt nur die Übertragung an die Supermacht USA oder bei Einsatz von Streitkräften an die NATO.

Auf wirtschaftlichem Gebiet orientieren sich die bestehenden Ordnungen und Organisatio-

nen überwiegend an den Bedürfnissen und Interessen der entwickelten Welt, wenn man WFO, IWF, G7/G8 oder Europäische Union betrachtet. Der Versuch, über einen speziellen Stabilitätspakt die wirtschaftlichen Probleme des Balkan Konflikts zu lösen, findet nur sehr mühselig über UN, OSZE und Europäische Union sowie Hilfskonstruktionen seine Exekutivorgane.

Für Europa und sein nächstes Umfeld hat sich die NATO inzwischen als Eckpfeiler für das Krisenmanagement und die Konfliktbeendigung erwiesen. Mit dem "Europäisch - Atlantischen Partnerschaftsrat" (EAPC), der "Partnerschaft für den Frieden" (PfP), den Möglichkeiten der Kooperation durch die Charta über die Zusammenarbeit mit Rußland und die vertraglichen Regelungen mit der Ukraine, sowie die Ansätze im Mittelmeerdialog wurde ein tragfähiges Netzwerk geschaffen, daß vor allem auf den Führungs - und Informationsstrukturen der Atlantischen Allianz aufbauen kann. Rußland ist die Möglichkeit der Mitwirkung gegeben, ohne daß seine Großmachtinteressen zu einer ständigen Blockade führen können.

Von den Fähigkeiten her sind die einzige unentbehrliche Macht die Vereinigten Staaten von Amerika. Bei Werte - und Systemkongruenz, besteht eine kulturelle Verbundenheit der Eliten. Bei wirtschaftlicher Verflochtenheit auf der Ebene der Unternehmen und über die G7 auch engen Kooperation besteht zwar eine Konkurrenz auf den Märkten, die aber systemkonform und durch ihre korrektive und wettbewerbsfördernde Wirkung stabilisierenden Einfluß hat. Dagegen wird deutlich, daß die geostrategischen Interessen und politischen Ziele der USA und Westeuropas keineswegs immer deckungsgleich oder zumindest kompatibel sind.

Dies hat zu Überlegungen geführt, der Europäischen Union unter Rückgriff auf NATO - Kapazitäten eine eigene Fähigkeit zur militärischen Aktion im Rahmen der sogenannten Petersberg - Aufgaben zu geben. Hierzu zählen neben der humanitären Hilfe, die friedenserhaltenden Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung. Obwohl bereits beim NATO - Gipfel von Madrid 1997 hierzu unter dem Stichwort Europäische Sicherheits - und Verteidigungsidentität (ESVI) ein Entschluss gefasst wurde, ist die Auffassung im einzelnen zwischen den USA und den Europäern, aber auch innerhalb der EU nicht eindeutig. Die Vereinigten Staaten begrüßen zwar eine Verstärkung der europäischen militärischen Anstrengungen, die für die geplanten Zwecke teilweise außerordentlich dürftig und unangemessen sind, befürchten aber durch Entwicklung von Parallelstrukturen und überlappenden Kapazitäten ein Auseinanderdriften in der NATO und Ressourcenverschwendung. Jüngste Äußerungen des französischen Präsidenten Chirac in Nizza lassen diese Besorgnis nicht ganz aus der Luft gegriffen erscheinen.

Zur Lösung von Kampfaufgaben in dem Umfang wie in Bosnien - Herzegowina oder im Kosovo erforderlich sind die Europäer ohne amerikanische Führung und massive Unterstützung nicht in der Lage. So fehlt es generell an Fähigkeiten für moderne Führung, besonders im Rahmen der Nachrichtengewinnung, - Übermittlung und Verarbeitung, aber auch an Mobilität im Rahmen einer schnellen Verlegbarkeit und logistischen Durchhaltefähigkeit. Daneben haben Konfliktbewältigung und Schaffung friedlicher Zustände nach einer mit Gewalt ausgetragenen Auseinandersetzung die Akzente der von Streitkräften geforderten Leistungen in ein Spektrum verschoben, daß die Grenzen zwischen militärischen, polizeilichen und wirtschaftlichen Aufgaben verwischt und teils anders definiert. Hierauf ist die Bundeswehr nicht hinreichend vorbereitet. Durch großes persönliches Engagement aller Soldaten im Einsatz und Improvisation sind viele Mängel kompensiert worden, doch ist eine grundlegende Strukturreform unbedingt erforderlich.

Niko Schmeja

THESEN ZUR SICHERHEITSPOLITIK

- 3 Äußere Sicherheit ist eng verbunden mit politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Lage und ihren Veränderungen.
- 3 Streitkräfte sind nur ein Element der Sicherheitspolitik, das im Rahmen einer Gesamtstrategie einzuplanen und einzusetzen ist.
- 3 In der heutigen Situation ist Sicherheitspolitik in erster Linie Risikovorsorge und Krisenmanagement. Prävention und Konfliktbewältigung bauen wesentlich auf stabilen Verhältnissen im NATO - Bereich auf
3. Voraussetzung- für Stabilität, Sicherheit und Bewahrung / Wiederherstellung des Friedens ist das enge Zusammenwirken der europäischen Staaten- mit den Vereinigten Staaten von Amerika als der einzig verbliebenen Supermacht mit herausragenden wirtschaftlichen, technischen und militärischen Fähigkeiten.
- 3 Europas Sicherheit ist nur im Verbund zu erreichen. Die großen Unterschiede in Entwicklungsstand und Interessen zwischen verschiedenen europäischen Regionen und Staaten erfordern eine komplexe Struktur miteinander verbundener Organisationen und Maßnahmen.
- 3 Der Europäischen Union wächst zunehmend eine eigene Rolle für die Sicherheit Europas und seiner Peripherie zu. Abgestimmt mit der NATO und ihrem Instrumentarium wird sie Kapazitäten zu entwickeln haben, um bestimmte Aufgaben auch selbständig wahrnehmen zu können.
- 3 Der europäische Beitrag an militärischen Fähigkeiten muß alle Elemente des militärischen Leistungsspektrums enthalten, um eigenständige Operationen in einem definierten Rahmen durchführen zu können.
- 3 Prävention, Konfliktbewältigung und Schaffung friedlicher Zustände nach einer mit Gewalt ausgetragenen Auseinandersetzung verschieben die Grenzen zwischen Aufgaben der Streitkräfte, der Polizei, der Verwaltung und der Organisationen mit vorwiegend humanitären Zielen. Der Soldat wird vorübergehend oder auch auf längere Zeit Aufgaben aus dem Spektrum der genannten anderen Bereiche übernehmen müssen, auf jeden Fall eng mit den dort auftretenden Organisationen Zusammenwirken müssen. Dies hat Folgen für Struktur und Ausbildung.



Vortrag

des Stellvertretenden Generalinspektors
und Beauftragten für Reservistenangelegenheiten



Vizeadmiral
Rainer Feist

**“Die konzeptionelle Neuorientierung für die Verteidigungs- und
Sicherheitspolitik Deutschlands”**

Tonbandprotokoll

Rede Vizeadmiral Rainer Feist vom 24.11.2000

Abschrift nach Tonbandaufnahme

Wenn wir uns die Strukturreform der Bundeswehr anschauen, dann ist es wohl die Tiefgreifendste. Nur eines räume ich gerne ein, davor ist nicht geschlafen worden. Wir haben die letzten zehn Jahre in einer ausgesprochenen Dramatik in den Streitkräften erlebt. Am 3. Oktober 1990, dem Moment der Wiedervereinigung hatten wir eine aus dem kalten Krieg gewachsene Bundeswehr, eine Abschreckungsarmee von etwa 500.000 Mann. Dann hatten wir am 3. Oktober 150.000 Mann der Nationalen Volksarmee der DDR dazugeerbt und da waren wir plötzlich mit 650.000 Mann. Man hat gesagt die Politik des Kalten Krieges ist vorbei, wir brauchen kein Massenheer mehr. Keine 500.000 Mann. Mit einer Aufwuchsfähigkeit dicht an die Million heran. Das ist vorbei. Wir brauchen es nicht mehr. Wir können reduzieren, aber dann haben sie sich gestritten, Genscher und Stoltenberg und als Kompromiss kam heraus 370.000. So und dann haben wir reduziert von 650.000 auf 370.000. Wir haben diese 370.000 nie erreicht. Dann haben wir rechtzeitig gesagt 370.000 ist viel zuviel sagen wir 340.000. Die 340.000 haben wir auch nicht erreicht und dann kam der nächste Schritt und jetzt werden wir runter gehen auf einen Friedensumfang von ca. 280.000 Soldaten. Es ist dabei noch viel viel mehr geschehen in unserem Lande. Wir haben 300.000 Mann der Westtruppe der Truppen unter General Burlakow aus Ostdeutschland zurückgeschickt nach Russland und in die Ukraine. 300.000 Mann alleine aus der DDR. Wir haben im Westen viele unserer hier stationierten Bündnispartner verloren, die alle nach Hause gegangen sind. Die Kanadier komplett nach Hause, die Niederländer, fast komplett reduziert, die Belgier mussten komplett nach Hause, die Franzosen fast vollständig zu Hause. Die Briten deutlich reduziert wie auch die Amerikaner. Auch die Amerikaner, erinnern Sie sich an die Mitte der neunziger Jahre als wir kräftige Diskussionen über Standortschließungen der Amerikaner gerade hier im süddeutschen Raum hatten. Die Amerikaner haben auch deutlich reduziert. Also es ist schon was gewesen und es hat uns intensivst beschäftigt. Wir haben das geleistet in der Vergangenheit was wir leisten konnten. Jetzt müssen wir das leisten was noch vor uns steht und das bedeutet, wir müssen uns auch vom inneren her wirklich auf die vor uns stehenden neuen Aufgaben vorbereiten. Das wir sie auch richtig bewältigen. Deshalb möchte ich eines ganz klar sagen, es wird ja heute in den Zeitungen geschrieben, die Reform der Bundeswehr, liegt daran weil sich der Minister Eichel gegen den Minister Scharping durchgesetzt hatte. Es gibt nicht genug Geld und weil sie kein Geld haben, reformieren sie die Bundeswehr und sparen sie kaputt. Das ist wirklich kalter Kaffee. Das was wir machen, oder die Reform der Bundeswehr, hat natürlich starke finanzielle Aspekte, das ist überhaupt kein Thema. Aber der Grund für die Reform die wir jetzt vornehmen ist ein Sicherheits- und militärpolitischer. Wir müssen die Armee für ihre Aufgaben vorbereiten. So und nun habe ich gesagt, wir wollen diese unterschiedlichen Aspekte betrachten und ich beginne mit der nationalen Sicherheitspolitik. Unsere nationale sicherheitspolitische Orientierung. Deutschland ist vereint. Wir sind umgeben von befreundeten Partnern, die meisten von ihnen sogar Bündnispartner, das Bündnis ist ja gewachsen inzwischen. Wir haben keine Bedrohung unseres Landes. Wir haben eine sehr schöne und gediegene Westorientierung. Bin übrigens gegen den Begriff Deutschland befindet sich in der Mitte Europas, das ist schlicht und einfach falsch. Jedenfalls für einen Norddeutschen wie mich ist das völlig falsch. Wir haben eine eindeutige Westorientierung. Ich bin Cuxhavener. Wenn sie in Cuxhaven bei der Bake einen Schritt weiter nach Westen machen haben sie nasse Füße, es geht nicht weiter nach Westen in Europa. Also es ist wirklich eine Westfrage und die Westbindung meine Damen und Herren ist ein ganz wesentliches Element unserer nationalen sicherheitspolitischen Orientierung. Ich sage es auch noch vor einem anderen Hintergrund. Wir haben vorhin im Auto darüber gesprochen über die Frage des deutsch-amerikanischen Verhältnisses. Ich weise immer gerne darauf hin wie wichtig es ist, dass wir dieses deutsch-amerikanische Verhältnis von deutscher Seite so gut pflegen und bewahren wie wir können. Das ist auch immer ein ganz wesentliches Element deutscher Si-

cherheitspolitik gewesen und wird es auch bleiben. Deshalb haben wir auch immer darauf gedrängt: Amerikaner bleibt hier in Deutschland stationiert. Und wenn sie heute über den Atlantik gucken dann muss man eben auch einräumen, dass Europa nicht immer ganz vorne an im amerikanischen Blickfeld steht. Für die USA der Vergangenheit, der vergangenen 40 Jahre, stand Europa sehr weit vorne an und wir hatten immer eine immer eine sicherheitspolitische Kultur in den Vereinigten Staaten, die Ostküsten orientiert war. Ostküste heißt Atlantik und damit war Amerika atlantisch orientiert und für uns der Eckpfeiler unserer Sicherheit. Die neue sicherheitspolitische Kultur in den USA die sich heute herauslöst, ist Westküsten orientiert und das heißt in Amerika Pazifik. Das ist der Blick nach Asien. Darüber müssen wir uns im klaren sein. Und wenn es stimmt, und ich behaupte es stimmt, dass Amerika ein ganz wesentlicher Faktor unserer eigenen Sicherheit ist, dann müssen wir dieses deutsch-amerikanische Verhältnis sicher bewahren. Und da gibt's nur eins der eine der beiden Präsidentschaftskandidaten hat gesagt, wenn ich gewinne und Präsident werde, das erste was ich mache, ich werde die amerikanischen Truppen vom Balkan abziehen. (Auf Zwischenruf. „Das hat Bush gesagt. Aber soviel Kandidaten hatten sie ja auch nicht!“) Also, unser Land ist nicht bedroht. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von Risiken, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Trägermitteln, Migration, der afrikanische Krisenraum, der asiatische Krisenraum. Wir leben nicht auf der Insel der Seligen. Und wenn wir in der Zeitung lesen, dass die Amerikaner sich streiten und auch international gestritten wird, ob sie sich eine nationale Raketenabwehr leisten sollen, dann ist das ja nicht nur Größenwahn oder sonst etwas, sondern das ganz klare Kalkül und die einfache Feststellung auch der Vereinigten Staaten, dass dieses Land nicht unbedroht ist und dass es sehr wohl heute getroffen werden kann, aus welchem Teil der Erde auch immer. Also, wir leben nicht auf der Insel der Seligen. So und wenn ich die Konsequenz daraus ziehe, dann gibt es für die deutsche Sicherheitspolitik und die deutsche Position eine ganz einfache Konsequenz, wir müssen dafür Sorge tragen, dass die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes die wir als kollektive Verteidigung sichern wollen, im Bündnis, das heißt auch die kollektive Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses, gesichert ist. Denn wir haben auch immer gesagt und sage es auch weiter, allein kann keiner mehr Sicherheit garantieren und ist auf das Bündnis angewiesen, die kollektive Verteidigungsfähigkeit dieses Bündnisses muss gesichert sein und dafür müssen wir als 80 Millionen-Volk unseren Beitrag leisten. Wenn wir das tun wollen und zwar nicht in einer vergleichbaren Größe wie die Niederlande sondern tatsächlich in unserer Größe, wenn Sie das tun wollen, dann bedeutet das Wehrpflicht und deshalb werden wir die Wehrpflicht beibehalten. Und wenn sie kollektive Verteidigungsfähigkeit sichern wollen, dann brauchen sie auch Aufwuchsfähigkeit. Wir werden die Aufwuchsfähigkeit auch weiterhin sicher stellen. Das bedeutet, wir brauchen die Reservisten. Das bezweifelt auch niemand.

Wir sind hier ja bei der Landesgruppe Baden-Württemberg, lassen Sie mich hier gleich hinzufügen, wir schreiben zur Zeit an einer neuen Reservistenkonzeption und da sie im nächsten Jahr heraus kommt, will ich auch ganz offen dazu sagen: Das Bild des Reservisten wird sich wandeln. Wir brauchen weniger Reservisten in der Zukunft. Aber wir brauchen Reservisten, die nicht nur im Verteidigungsfall uns zur Verfügung stehen, sondern wir brauchen Reservisten, die auch bereit sind, heute in den Kosovo zu gehen. Und wenn sie in den Kosovo schauen, dann werden sie feststellen, dass etwa 250 Reservisten dort ständig im Einsatz sind. Juristen, Sprachmittler, Reservisten also, die über Fähigkeiten verfügen, die die Streitkräfte selbst gar nicht besitzen. Sie spielen deshalb eine bedeutende Rolle für uns.

Die Bundeswehr selbst ist ja sehr angestrengt im Einsatz und sie wissen, dass wir unsere Streitkräfte unterteilt haben in den zurückliegenden Jahren in Krisenreaktionskräfte und Hauptverteidigungskräfte. Das haben wir gemacht Anfang der neunziger Jahre als die ersten Kriseneinsätze auf uns zu kamen. Das ist o.k. wir wussten sofort welche verfügbar wa-

ren. Und wir haben Krisenreaktionskräfte etwa 60.000 Mann. Der Rest ist Hauptverteidigungskräfte. Wir geben das auf, denn wir müssen einräumen, so richtig geklappt hat das halt nie. Uns ist es nicht gelungen, und ich sage das als ehemaliger Befehlshaber in einem Wehrbereichskommando, mit Kosovo hast du nichts am Hut das ist territoriale Wehrorganisation. Völlig falsch, überall werden einzelne Nasen herausgezogen, und ich sehe sie hier sitzen und mit dem Kopf nicken, Herr Oberst, weil die Streitkräfte nach mehreren Jahren Einsatz - wir haben ja Leute die sind vier mal im Einsatz gewesen inzwischen und weil wir tatsächlich den Heldenklau machen müssen und jeden geeigneten, den wir irgendwo finden, egal ob er beim VBK oder bei der Division sitzt, wir müssen ihn ranholen. Das ist nicht das Ziel der Übung gewesen und deshalb werden wir die Struktur der Streitkräfte einem grundsätzlichen Wandel unterziehen. Wir werden nämlich beugehen und die Zahl unserer Zeit- und Berufssoldaten erhöhen. Sie hören ja immer noch die Bundeswehr wird reduziert Stimmt, der Gesamtumfang wird reduziert. Aber der Anteil der Berufs- und Zeitsoldaten wird erhöht. Im Punkt: Wir brauchen mehr Profis. Wir haben heute etwa 188.000 Zeit- und Berufssoldaten und wir werden auf 200.000 gehen. Das ist kein leichtes Unterfangen, weil wir uns in einer Situation befinden in der wir in Konkurrenz zur Wirtschaft stehen und in der es schwer ist, in dieser Konkurrenz mit der Wirtschaft attraktive Angebote für junge Leute zu machen, die bereit sind Zeit- oder Berufssoldat zu werden. Das wird sicher eine ganze Zeit dauern und ich schätze, dass wir länger brauchen werden als für den Rest der Reform. Ich denke bis zum Ende des Jahres 2010. Wir erhöhen die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten und wir tun ein Weiteres, wir werden nicht mehr 60.000 Mann Krisenreaktionskräfte haben sondern wir unterscheiden dann nur noch zwischen Einsatzkräften und einer militärischen Grundorganisation und wir erhöhen die Einsatzkräfte von jetzt 60.000 auf 150.000. Das ist eine Verdreifachung de facto. Wir gehen von 60.000 auf 150.000 und dann kommen noch 100.000 Mann militärische Grundorganisation dazu. Was ist das? Das sind die Schulen, das sind die Ausbildungseinrichtungen, alles was man so braucht um den Betrieb der Streitkräfte zu organisieren und sicherzustellen, dass ich hier in einer korrekten Uniform stehe. Und das ist eben auch einer dieser ganz elementaren Punkte, die man begreifen muss, um zu verstehen, was wir mit dieser Reform machen. Wir kommen damit auf völlig neue Füße. Wir werden immer 150.000 Mann haben, die wir kurzfristig verfügbar haben, um sie in die Einsätze schicken zu können und dann sind sie auch besser in der Lage langjährige Einsätze wie wir sie jetzt haben heil zu überstehen ohne den Einzelnen zu überfordern. So! Das ist der nationale Aspekt.

Ich komme zur NATO. Die NATO ist und bleibt Grundlage unserer Sicherheit. Wir machen ja heute vieles in Europa. Aber über eines sind wir uns alle im klaren Artikel 5 des Washingtoner Vertrages, sprich die kollektive Verteidigung, bleibt Angelegenheit der NATO. Denn nur gemeinsam geteilt europäische und nordatlantische Verbündete werden in der Lage sein die Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Wir wollen sie auch deshalb nicht aufgeben, weil wir von einem überzeugt sind: Die kollektive Verteidigungsfähigkeit, das ist das Fundament auf dem diese Allianz aufgebaut worden ist. Und wenn sie das aufgeben würden, würden sie das Fundament brechen, und wenn ein Haus kein Fundament mehr hat dann würde es einstürzen. Also das ist der wichtige Punkt dafür, wir müssen die kollektive Verteidigungsfähigkeit sichern. Nun hat ja dieses Bündnis im vergangenen Jahr in Washington einen ordentlichen Gipfel gemacht, hat seinen Geburtstag gefeiert, den 50. und hat eine ganze Reihe von Dingen verabschiedet. Das erste was wichtig ist und was man sich angucken sollte, ist das neue strategische Konzept dieser Allianz. Und es hat im Vorfeld zwischen den Nationen erbitterte Diskussionen gegeben was denn in Zukunft eigentlich die Kernaufgaben dieses Bündnisses sein sollen. Und zu aller Überraschung sind diese Kernaufgaben dann in den Gipfeldokumenten und auch im strategischen Konzept nachher wieder aufgetaucht. Aber was aufgetaucht ist, ist etwas, na sagen wir es, was sie jetzt Sicherheitsaufgaben nennen. Und was da ist, ist ein Begriff, bei dem Sie nicht von kollektiver Verteidigung, sondern von kollektivem Bemühen, als „collective efforts“, sprechen. Und die-

ser „collective effort“ ist natürlich der Appell an alle Bündnispartner Kollektivität dieser Allianz auch weiterhin zu leiten, auch im erweiterten Zustand, den wir ja jetzt haben und in ein paar Jahren werden wir völlig neue Verhältnisse haben.

Die Allianz hat noch mal deutlich gemacht, niemand braucht sich so anzustrengen, dass er seine Sicherheit allein gewährleisten kann, müsste, er kann es in Wirklichkeit auch gar nicht. Aber wir werden es gemeinsam auch weiterhin sicherstellen. So und dann kommen die Sicherheitsaufgaben. Und interessanterweise wird als erste Sicherheitsaufgabe genannt: Das Bündnis und seine Mitglieder müssen in der Lage sein, ein sicheres sicherheitspolitisches Umfeld zu schaffen. Denke das kommt unter dieser Rubrik Stabilitätstransfer. Stabilitätstransfer den wir zunächst einmal vorrangig nach der Wende des Kalten Krieges gesehen haben, Stabilitätstransfer in die mittel- und osteuropäischen Staaten, um die zu stabilisieren, dort neue demokratische Strukturen entwickeln zu helfen.

Das Zweite ist Konsultation. Das ist ein bemerkenswertes Ding. Das Angebot des Bündnisses, alle ost- und zentraleuropäischen Staaten, wenn sie ein Problem haben, können sie gerne die Allianz konsultieren. Die Bereitschaft des Bündnisses in Sicherheitsfragen, sich mit anderen, die gar nicht zum Bündnis gehören an einen Tisch zu setzen und sicherheitspolitische Probleme zu diskutieren.

Das Dritte ist Abschreckung, was bemerkenswert ist, denn die Abschreckung bleibt das Kernelement der Gewährleistung von Sicherheit.

Viertens, Krisenmanagement: Ist klar für uns. Die NATO hat sich ja auch mit im Kosovo engagiert - und das Fünfte ist Partnerschaft; und Partnerschaft bekommt immer mehr Gewicht. Sie haben alle von dem Programm Partnerschaft im Frieden gehört. Und wenn wir heute in den Kosovo gucken, dann ist das weiß Gott nicht Partnerschaft für den Frieden. Aber das was Sie dort sehen, ist genau das, was wir unter Partnerschaft für den Frieden gemeinsam mit den Partnerstaaten erreichen wollen. Denn auf dem Balkan stehen ja nicht nur NATO-Staaten, es sind weit über 30 Staaten. Und viele sind eben nicht NATO-Staaten. Und das was sie dort machen ist, dass sie in multinationaler Formation teilstreitkraftübergreifend gemeinsam im Krisenmanagement eingesetzt sind unter einer Führungsstruktur der nordatlantischen Allianz. Das ist genau das, worum es geht. Die Militärs nennen das „combined joint task forces“ bei Gott, das kann kein Mensch verstehen, ich erkläre Ihnen heute noch mal was das ist, wenn Sie das übersetzen: *Combined* heißt multinational. *Joint* heißt teilstreitkraftgemeinsam, also Heer Luftwaffe, auch Marine. *Task force*, das kennen wir alle als Einsatzverband. Also multinationale, teilstreitkraftübergreifende Einsatzverbände wollen wir schaffen. Partner- und NATO-Staaten gemeinsam unter NATO-Führungsstruktur. So kompliziert ist das, aber es funktioniert zur Zeit auf dem Balkan. Und das ist es wofür wir auch unsere Bundeswehr fit machen wollen und deshalb ist ein Kernelement der Reform, das wir als Einsatzführungskommando bezeichnen können. Ein Einsatzführungskommando, aufgebaut auf dem 4. Korps in Potsdam, in dem alle Teilstreitkräfte gemeinsam die Führungsstruktur für nationale oder internationale Einsätze der Bundeswehr schaffen werden. Die tiefgreifendste Reform der Bundeswehr, haben wir noch nie gemacht in der Vergangenheit. Brauchen wir aber für die Zukunft.

So und jetzt kommen ich zu Europa, das kann ich schnell machen, weil es Herr Neubauer morgen zum Thema hat. Also, wir haben die *European headline goals of Helsinki*, in dem die Europäer sich gesagt haben wir schaffen europäische Einsatzverbände. Sie haben erlebt in dieser Woche, die Capabilities-Konferenz, also so eine Weisheitskonferenz in Brüssel, in der die europäischen Staaten beigegangen sind sowohl die der EU angehören, also die Mitglieder als auch nicht EU-Staaten, die aber der NATO angehören. Wie z. B. Türkei oder Norwegen ist auch nicht EU-Staat. Also wir haben national gesagt wir bieten 18.000 deutsche Soldaten zum Einsatz. Dann können Sie davon ausgehen, dass Frankreich mindestens 19.000 bietet. Aber was wir erreichen wollen das ist der wichtige Inhalt dabei, wir wollen die europäische Union militärisch handlungsfähig machen. Das ist ja der konzeptionelle Hintergrund. Wir wollen die europäische Union militärisch handlungsfähig machen und

zwar im Rahmen der Einsätze, die wir nun mal auf dem Petersberg für die westeuropäische Union beschlossen haben. Das heißt, das gesamte Spektrum von Krisenmanagement, nicht für Verteidigung, das habe ich ja gesagt. Deswegen klammern wir das aus. Aber für das gesamte Spektrum vom Krisenmanagement, damit wir in der Lage sind die Situation in der die Nordamerikaner sagen, wir wollen oder wir können nicht oder die NATO sagt wir können nicht was wir wollen, dass Europa militärisch handlungsfähig ist. Das wollen wir erreichen und das werden wir auch erreichen. Und wir werden alles gleichzeitig erreichen und deshalb ist es interessant zu verfolgen, wie die USA das betrachten. Aber ich schätze durchaus mit großem Wohlwollen. Wir werden damit erreichen, dass Europa immer stärker als ein einheitlicher Pfeiler in der Allianz sich herausfiltert. Denn wir wollen eines nicht machen, wir wollen nicht festgelegte Strukturen, die wir bereits in der NATO etabliert haben, denken Sie mal an AWACS-Flugzeuge oder ähnliches, das wollen wir nicht duplizieren. Also wenn die europäische Union in einen Kriseneinsatz geht und sie braucht Aufklärung, dann würde sie sich von der NATO AWACS-Flugzeuge ausleihen. Also keine Duplizierung aber eine militärische Struktur und eine militärische Handlungsfähigkeit. Es wird einen internationalen Militärstab in der europäischen Union geben. Und General Schuwirth ist derjenige, der der erste Direktor dieses internationalen Militärstabes sein wird. Das ist gerade festgelegt worden. Wenn wir das alles geschafft haben, dann können wir auch endlich das machen, was wir von deutscher Seite eigentlich schon 1998 gewollt haben, als die EU 50 wurde, wollten wir sie in Rente schicken, das können wir dann im nächsten Jahr machen.

Ja, so weit zur NATO mit Blick auf die Strukturreform, da habe ich erläutert, was das für uns bedeutet. Und die europäischen Union betreffend sollte ich vielleicht noch eines hinzufügen. Denn wir werden viele Fähigkeiten, viele Fähigkeiten neu entwickeln müssen und viele Schwächen, die wir heute haben ausbügeln müssen. Und dazu haben, sowohl die NATO mit einer Initiative zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeiten, als auch die europäische Union mit ihren militärischen Zielen ausgerichtet, deutlich gemacht: Liebe Europäer, ihr habt eine ganze Reihe von Defiziten und die müsst ihr ausräumen. Also, wenn Sie denken an strategischen Airlift, an strategische Aufklärung, Führungsfähigkeit, Interoperabilität im multinationalen und nationalen Bereich sind eindeutig Schwächen. Wenn Sie in das Eckpfeilerpapier des Ministers gucken, in dem er die Strukturreform der Bundeswehr beschreibt, dann finden Sie dort eine Prioritätenliste und diese Prioritätenliste heißt,

1. wir brauchen strategische Aufklärung
2. wir brauchen strategischen Transport,
3. wir brauchen strategische Führungsfähigkeiten national und international.

Also genau das, wozu wir uns sowohl im atlantischen Rahmen als auch im europäischen Rahmen verpflichtet haben, sind die höchsten Prioritäten der Reform der wir uns heute stellen.

Vereinte Nationen und OSZE. Sie konnten in den letzten Wochen verfolgen, dass Deutschland den Stand by the range, das ist ebenfalls ein Streitkräftepool den die Vereinten Nationen sich gerne zulegen wollen, dass wir dem beigetreten sind. Wir haben also in aller Gelassenheit sowohl Transport als auch Logistik als auch Pionierwesen, die Marine ist mit Patrouillenflugzeuge dabei, haben wir den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt, das ist natürlich immer unter nationalem Vorbehalt. Kein deutscher Soldat in einem Einsatz unter dem Mandat der Vereinten Nationen der OSZE, ohne dass es das deutsche Parlament beschlossen hat, das ist natürlich klar. Aber wir wollen die Vereinten Nationen auch in ihrer militärischen Handlungsfähigkeit stärken, wir wollen in ihr die Sicherheit stärken und Sie kennen auch da unser Interesse in den Vereinten Nationen selbst eine aktivere Rolle spielen zu können. Zur OSZE möchte ich ein Wort sagen, weil sie manchmal nicht gut genug wegkommt. Ich glaube, die größte Erfolgsgeschichte der Nachkriegszeit in Europa ist tatsächlich

die OSZE gewesen. Ich bin überzeugt, dass wir das Ende des Kalten Krieges, das Ausbrechen dieser Staaten, die früher hinter dem Eisernen Vorhang weggeschlossen waren, nie geschafft hätten und nie erreicht hätten, wenn wir nicht die drei Körbe bei Schaffung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, so wie sie damals hießen, wenn wir das nicht gehabt hätten, wenn wir nicht den Korb mit Menschenrechten gehabt hätten und wenn wir nicht durch diese kleine kaum auffällige Organisation, die auch dazu geführt hat, dass in Europa und in Russland weit über 17.000 schwere Waffensysteme vernichtet worden sind. Das ist schon eine ganz ordentliche Erfolgsstory.

Ja, meine Damen und Herren, wir müssen nicht so lange warten, aber ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es tatsächlich so ist. Es ist die tiefgreifendste Reform, die wir gemacht haben und der Auslöser sind die sicherheitspolitischen Veränderungen in und um Europa, unser Wille hat angesichts dieser Veränderung eine angemessene Rolle zu spielen. Wir wollen unsere Bundeswehr nicht überstrapazieren deshalb müssen wir im Bereich der Einsatzkräfte stärker werden. Sie müssen so eine Lösung finden wie wir sie jetzt anpeilen: 150.000 Mann Einsatzkräfte und eine Grundorganisation von etwa 100.000 Mann. Wir schaffen eine Streitkräftebasis. Das Wort ist völlig neu, das gibt's noch gar nicht. Was ist Streitkräftebasis alles das was querschnittlich gemacht wird, Logistik muss sowohl das Heer, sowohl die Luftwaffe, als auch die Marine machen. Das ist eine Querschnittsaufgabe, quer durch Alle. Aufklärung, Nachrichtengewinnung müssen alle drei machen. Also darum ist es so, dass jede Teilstreitkraft ein logistisches Kommando hat, jede Teilstreitkraft eigene Aufklärungssysteme hat. Warum machen wir das nicht zusammen. Auch das schaffen wir jetzt. Aber das ist natürlich ein Riesenunternehmen und kostet sehr viel Kraft. Wir schaffen die Führungsfähigkeit. Ich habe Ihnen auch vorhin durchaus eingeräumt natürlich hat es auch finanzielle Aspekte. Natürlich wollen wir die Attraktivität in den Streitkräften erhöhen, müssen wir auch, sonst ist es sowieso schwer genug. Aber sonst haben wir überhaupt keine Chancen mit der Konkurrenz zu wirtschaften und dann wollen wir jede Menge alte Zöpfe abschneiden.

Wir haben ja in der Bundeswehr heute über 300 unterschiedliche Computerprogramme für unterschiedliche administrative Systemaufgaben, sei es Personalverwaltung, sei es Logistik, Dateninformation oder sonst was. 300 verschiedene Programme, die alle vernetzt sind. Und die sind natürlich alle im wesentlichen auf derselben Software-Philosophie aufgebaut. Was glauben Sie was das für ein Geld kostet. Also führen wir jetzt eine Standardsoftware für alle Systeme der Bundeswehr in die Bundeswehr ein und gründen ein IT-Amt für Informationstechnologie. Ich bin davon überzeugt, diese Form von Zentralisierung nur einer Software, dass diese Form von Zentralisierung uns hoffentlich in die Lage versetzt wirtschaftlich zu agieren und dabei auch Geld einzusparen. Also, wir nutzen natürlich die Gelegenheit all das, was auch noch dazu gehört, und Sie haben sicher gehört, denn der Minister hat gerade die zweite Vereinbarung mit der Wirtschaft unter Dach und Fach gebracht. Ich weiß noch nicht, wann die Bundeswehr an die Börse geht aber wir hoffen tatsächlich, dass wir dadurch wirtschaftlich agieren können und wir dadurch Finanzmittel zusätzlich für Investitionen behalten können. Lassen Sie mich ganz zum Schluss sagen, das was wir hier machen, mit Privatisierung von Leistung die zivile Anbieter besser bieten können als das Militär. Wirtschaftliches Handeln, flexible Budgetierung und ähnliches, das ist bei unseren Nachbarn längst üblich. Die Briten haben haben etwa vor fünf Jahren festgestellt, dass sie sich ihre Streitkräfte mit den vielen schönen Uniformen nicht mehr leisten können und rigoros weiter gegangen und haben ihre Streitkräfte umgestellt. Wenn Sie heute in Plymouth in den Marinestützpunkt reinlaufen und glauben Sie könnten da gerade umsonst festmachen, mit Ihrem Minensucher oder Schnellboot, da haben Sie sich getäuscht, dieser Stützpunkt wird nämlich von einem zivilen Dienstleistungsbetrieb betrieben und der kassiert. So einfach ist das. Und wenn Sie sich das bei vielen anderen Dingen angucken, das konnte man ja auch vor wenigen Tagen in der Zeitung lesen, dass die Niederlande sagen, das ist ja pri-

ma, in Deutschland steigen wir mit den anderen Nationen bei dem Großraumflugzeug ein und wir machen einen militärischen Airbus als großen Transporter. Da sagen die Niederlande, also wir werden uns das nicht leisten können. Aber liebes Deutschland, wir machen euch ein Angebot, wir steigen ein mit 200 Mio Gulden und ihr geht daran Flugzeuge zu bauen. So geht das auch. Strategische Aufklärung, Satelliten machen wir natürlich mit den Franzosen zusammen. Die Franzosen haben den Helios-Satelliten und wir besitzen Radar-satelliten, packen wir beide zusammen, das ist die Grundlage der europäischen Zusammenarbeit bei der satellitengestützten Aufklärung. So wird es preiswert. Und beim Lufttransport ist es ebenso, wir werden das auf europäischer Basis machen und wir bemühen uns im Augenblick eine Lufttransportkoordinierungszelle als den Nukleus im gemeinsamen europäischen Lufttransport zu etablieren. Auch so geht es. Also Sie sehen, es sind schon viele pfiffige Ideen dabei und den Politikern fällt ab und zu doch was ein.

Vielen Dank.



Dank für einen gelungenen Vortrag
Oberst a.D. Nikolaus Schmeja, Admiral Reiner Feist, Oberst d.R. Peter Eitze (von links)



Vortrag

des Kommandeurs 10. Panzerdivision und
Befehlshabers im Wehrbereich V



Generalmajor
Karl-Heinz Lather

“Forderungen an das Heer der Zukunft.”

Folienausdruck



Die neue Bundeswehr

Konzeptionelle Neuausrichtung der Bundeswehr






WSK VI / 10.PZ/DW

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Stand: 10.10.2000



Bezüge

1. Die Bw - sicher ins 21. Jahrhundert Eckfeiler für eine Erneuerung von Grund auf“ v. 01.06.2000 und 14.07.2000
2. Ministerweisung von 29.06.2000
3. Weisung zur Ausplanung der Streitkräfte der Zukunft (WASK v. 21. Juli 2000)
4. Neuausrichtung der Bw vom 10.10.2000

WSK VI / 10.PZ/DW

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Stand: 10.10.2000



Eckfeiler der Neuausrichtung



Staatsbürger in Uniform und Innere Führung



Personal



Ausrüstung und Material



Umfang und Zusammensetzung der Bw



Kooperation mit Wirtschaft



Wehrpflicht

WSK VI / 10.PZ/DW

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Stand: 10.10.2000



Hauptfelder der Reform

- Neue Streitkräftestruktur mit
 - + Schaffung einer Streitkräftebasis
 - + neuen Strukturen der Teilstreitkräfte
 - + Schaffung Zentraler Sanitätsdienste
- Neuordnung des Grundwehrdienstes
- Neue Personalstruktur (Pers - Strukturmodell 2000)
- Neuordnung von Rüstung und Beschaffung
- Neue Struktur der Bundeswehrverwaltung

WSK VI / 10.PZ/DW

VS-Nur für den Dienstgebrauch

Stand: 10.10.2000

Das neue Fähigkeitsprofil der Streitkräfte

Stärke: 50-60.000 Mann Land-streitkräfte, inkl. Führung-, Kampf- und Einsatzunterstützung, zusätzlich Luft- und See-streitkräfte

Führungsebene: bis auf Korpssebene

Einsatzbereitschaft: Innerhalb von 90 Tagen, kleinere Elemente schneller

Durchhaltefähigkeit: ein Jahr

Verfügbarkeit: bis 2003

Verbesserungen bei:
 Führung und Aufklärung
 Verfügbare / Mobilität
 Wirksamkeit im Einsatz
 Durchhaltefähigkeit / Logistik
 Überlebensfähigkeit

Europäisches Headline Goal

Defence Capabilities Initiative

Sicherheitspolitische Rahmenbedingungen

Verfassungsmäßiger Auftrag

Internationale Verpflichtungen

WBK VI / 10.PzDiv | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000

+ Personalumfang

- SK im Frieden 280.000 aktive Soldaten und 2000 Wehrübende
- Zivilpersonal 80 - 90.000
- + Umgliederung der Korpssebene
- Aufstellung d. Führungsstabes Streitkräftebasis (seit 01.10.2000)
- + Grundstruktur der SK
- Einsatzkräfte und MGO
- + Defusionierung WBK / Div
- + Unterstellung der Div unter HFÜKdo

WBK VI / 10.PzDiv | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000

BMVg

es | **StSekr** | **Parl Sisin** | **Stab Contr Stab** | **Plan** | **P IS** | **Parl Sits** | **IT-Dir** | **StSekr** | **Proto Koll**

Org Stab | **Parikab** | **Gen Insp** | **Einigungsrat** | **Rückungsrat**

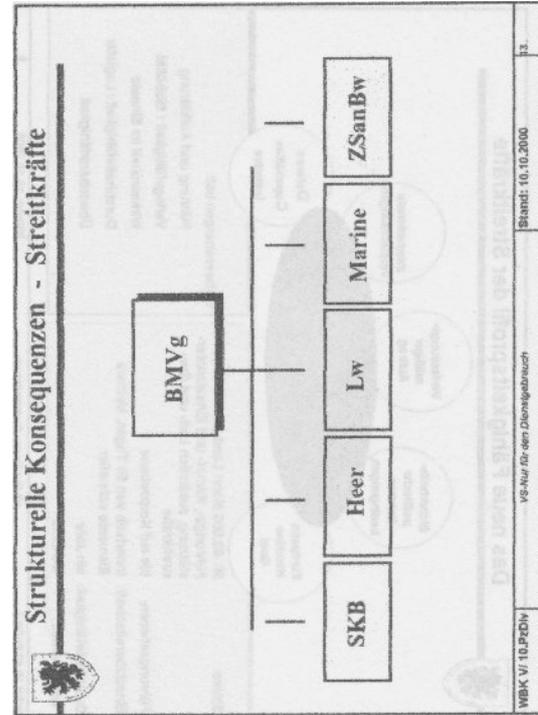
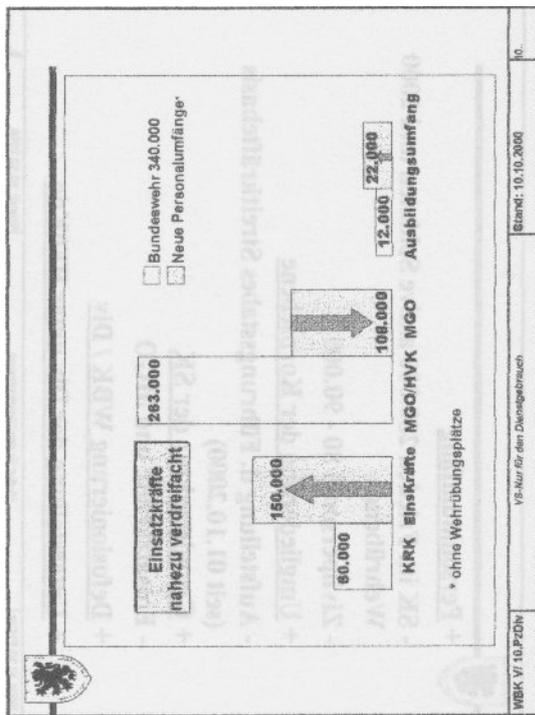
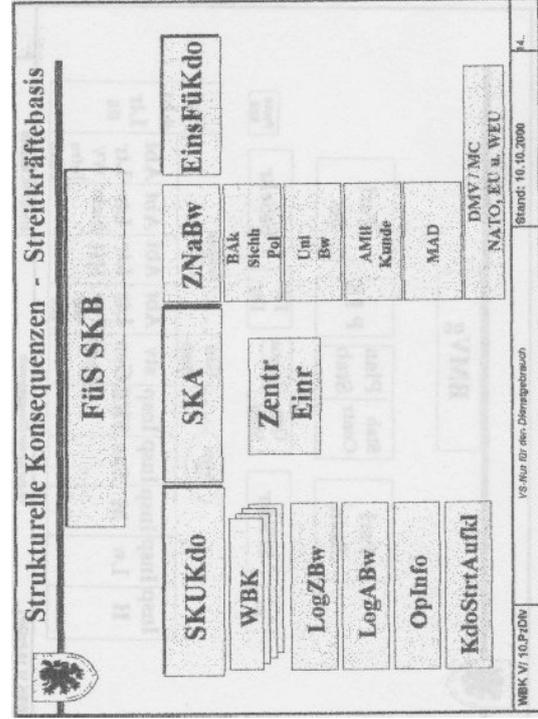
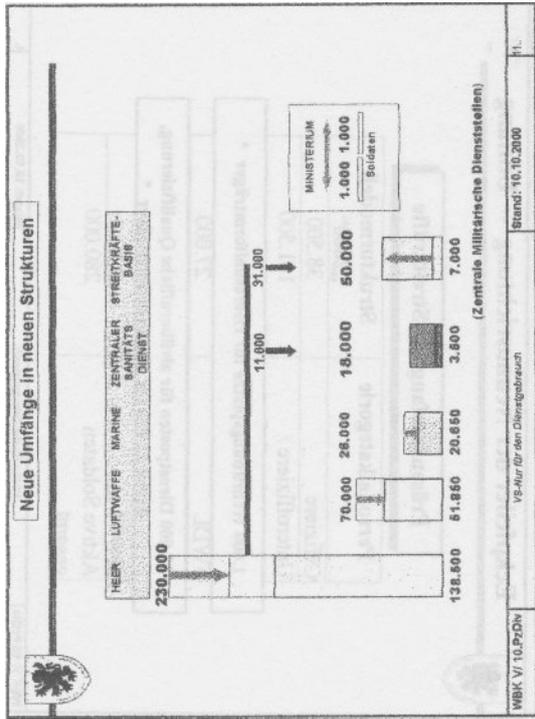
Insp	Insp	Insp	Insp	stv	Abt	Abt	Abt	Abt	Hpt
H	Lw	M	San	SKB	Gen	Ltr	Ltr	Ltr	Abt
			Insp	Insp	Pers	HH	Recht	WV	Ltr
					Soz	ZA	Infra	U/Sch	Rü

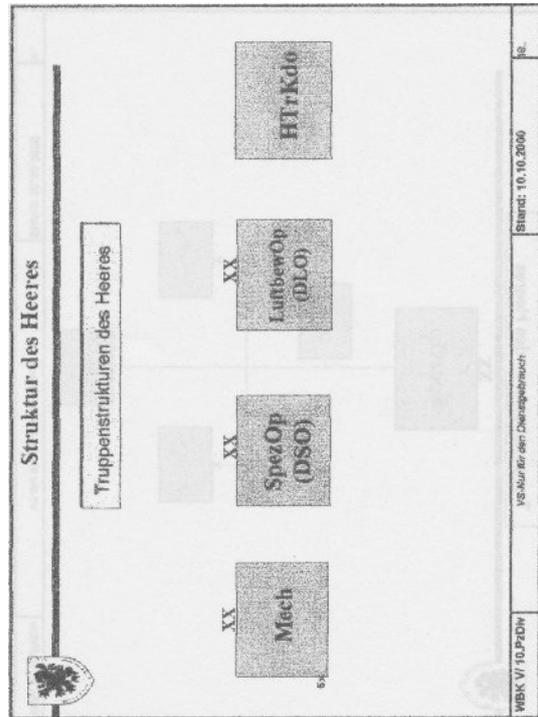
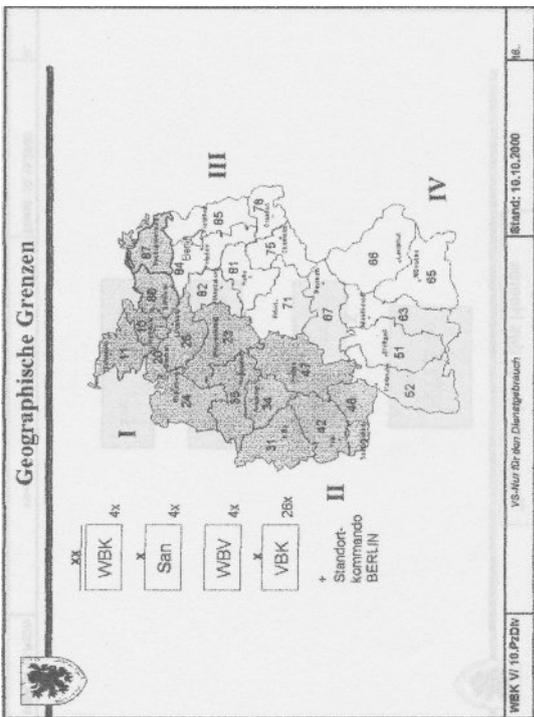
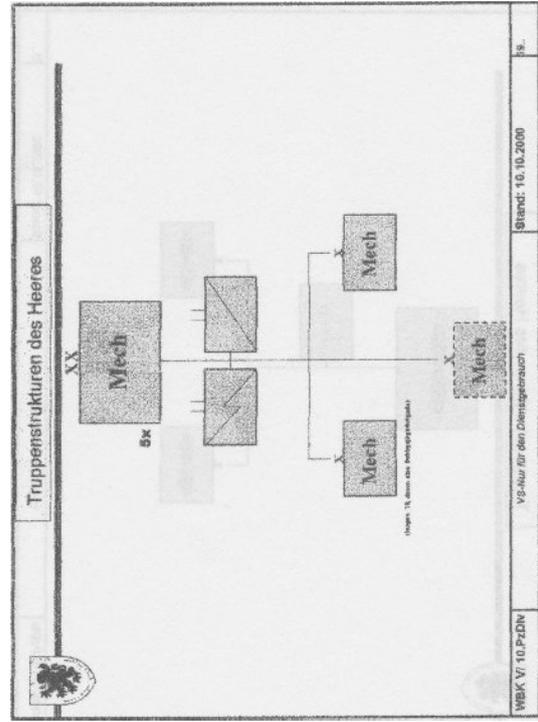
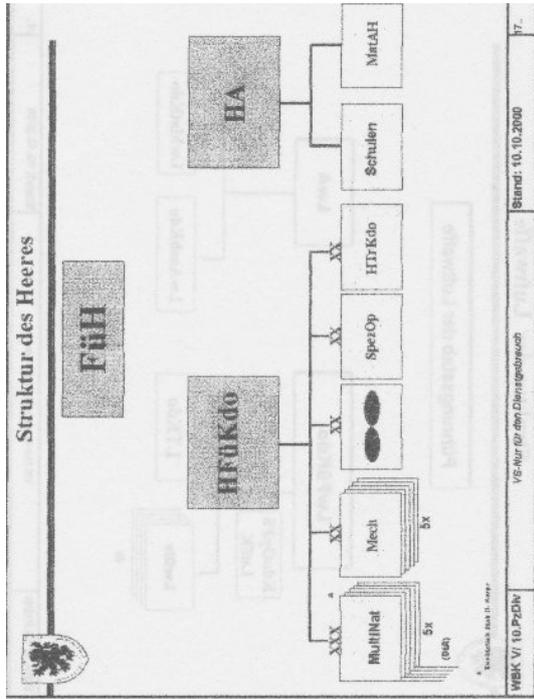
WBK VI / 10.PzDiv | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000

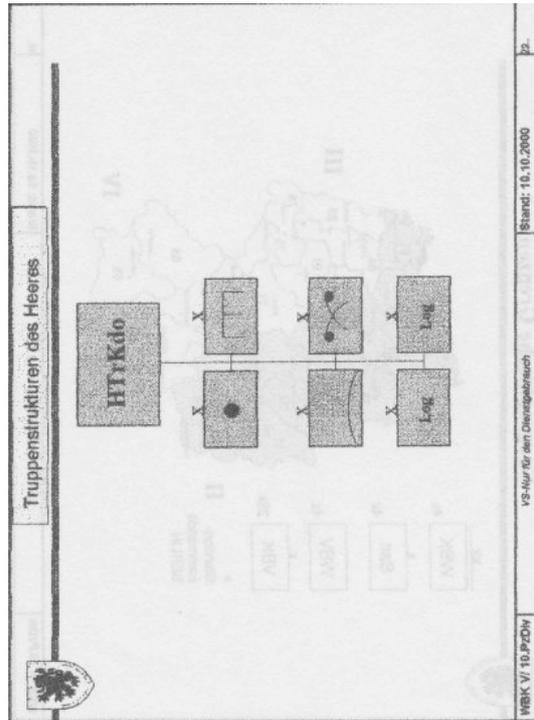
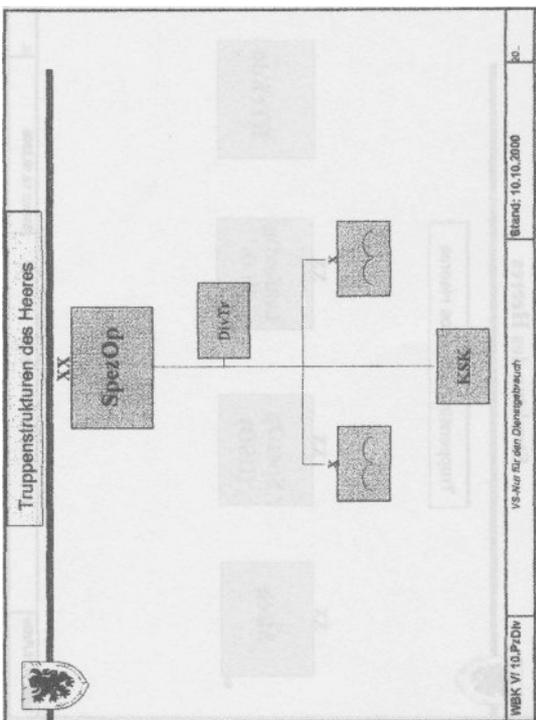
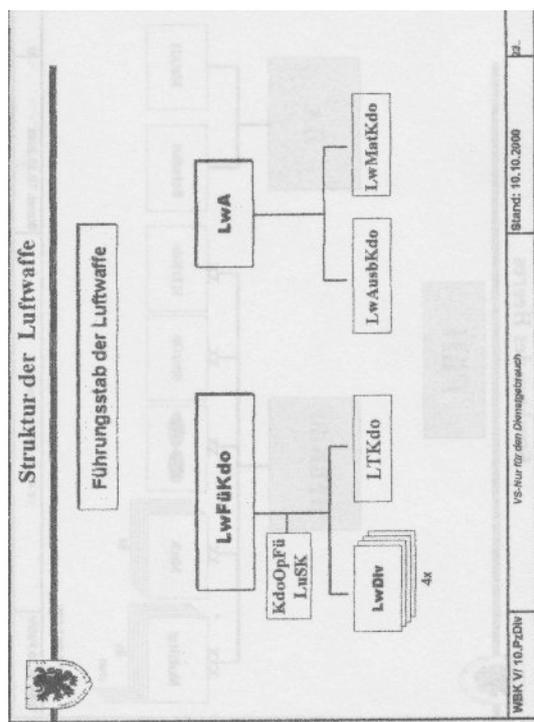
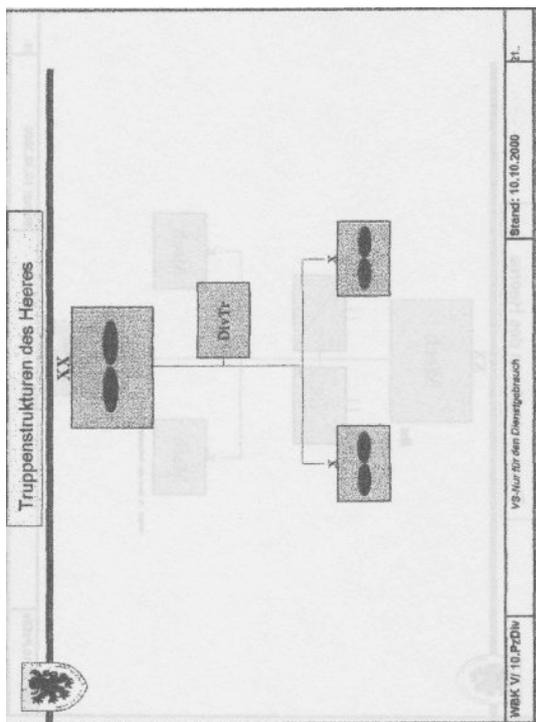
Eckpfeiler der Neuausrichtung - Umfang

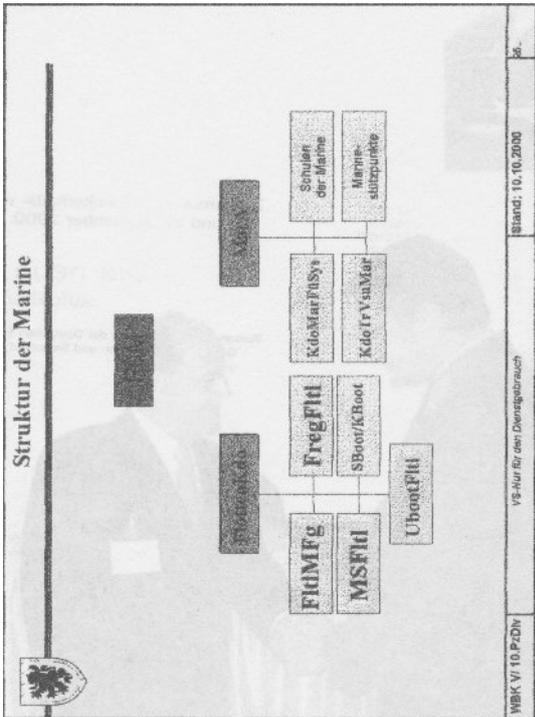
Personalkategorie	Strukturmodell
Offiziere	2000 ⁴ 38.500
Unteroffiziere /	161.500
1.600 Wehrübungsplätze für Heeresuniformträger *	
FWDL	27.000
22.000 Dienstposten für zivilberufliche Qualifizierung, davon 12.000 für Heeresuniformträger *	
gesamt	
Aktive Soldaten	280.000
gesamt	

WBK VI / 10.PzDiv | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000





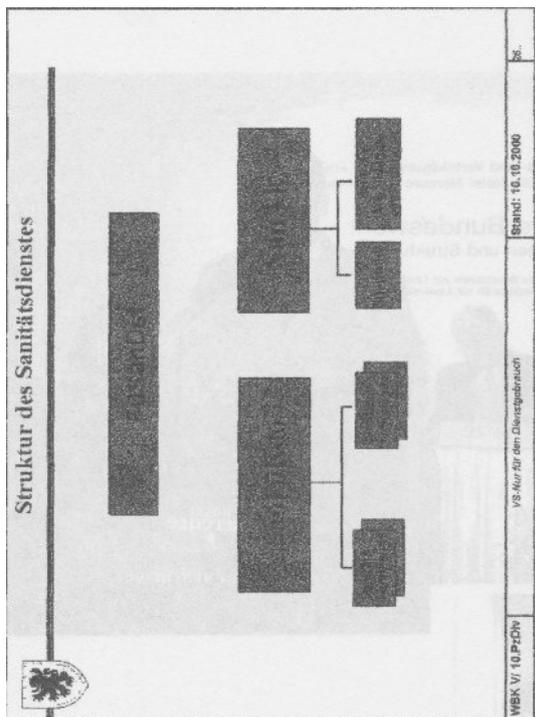




Zeitplan der Neuausrichtung

14./21.06.2000	Kabinettsentscheidung
29.06.2000	Weisung BM zur Neuausplanung der Bundeswehr
Jul-Sep 2000	Grobausplanung Personalmüfänge, Strukturen, Aufgaben und Verfahren
Okt-Dez 2000	Feinausplanung Personalmüfänge und Strukturen
24.10.2000	Unterrichtung B6 aufwärts durch InspH
25.10.2000	Info Befh/Kommandeur WBK V/10.PzDiv an den 12er Kreis

WBK V/10.PzDln | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000 | 37.



Zeitplan der Neuausrichtung

I/2001	Erarbeitung und Abstimmung Stationierungs konzept
II/2001	Beginn der Umgliederung, Verabschiedung Stationierungskonzept
bis spätes- tens Ende 2001	Verabschiedung gesetzlicher und tariflicher Regelungen - zur Anpassung der Personalmüfänge und Personalstruktur - zum Abbau des Verwendungs- und Beförderungsstau - zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in den Streitkräften
	Erllass des neuen Konzeption der Bundeswehr Verabschiedung neue Konzeption Reservisten

WBK V/10.PzDln | VS-Nur für den Dienstgebrauch | Stand: 10.10.2000 | 39.

Impressionen

Vielbeachtet - die Ausführungen
Generalmajor Karl-Heinz Lathers



Das Publikum honoriert
die hochwertigen Beiträge

Dank und Anerkennung für eine gelungene
Veranstaltung: Divisionär Karl Redl überreicht
dem Landesvorsitzenden des Reservisten -
Verbandes, Peter Eitze, ein Präsent





Vortrag

Des Stellvertretenden Kommandierenden Generals (GE)
EUROKORPS

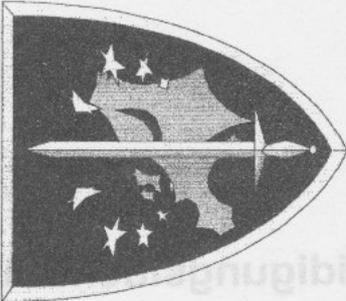


Generalmajor
Helmut Neubauer

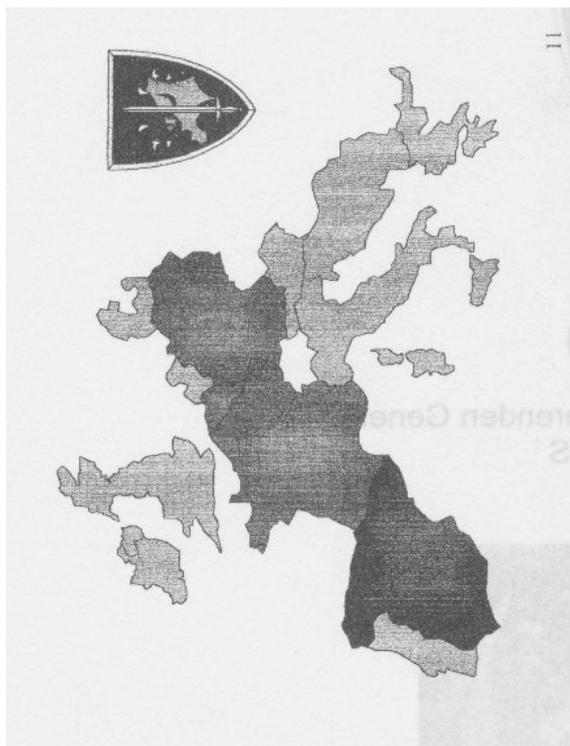
“Die europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität”

Ausdruck ausgewählter Folien
Vollständige Powerpoint -Präsentation über Bereichsgeschäftsstelle V erhältlich

EUROKORPS



Generalmajor Helmut Neubauer
Stellvertretender Kommandierender General

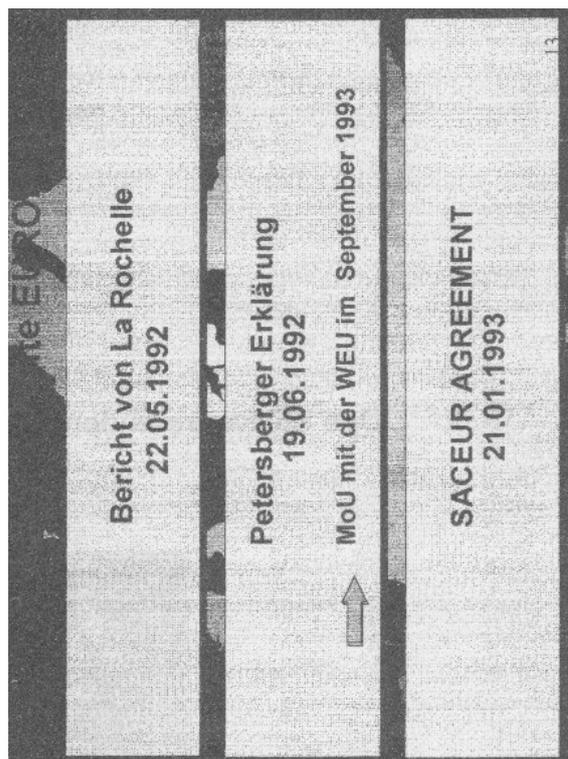


Weltpolitische Veränderungen



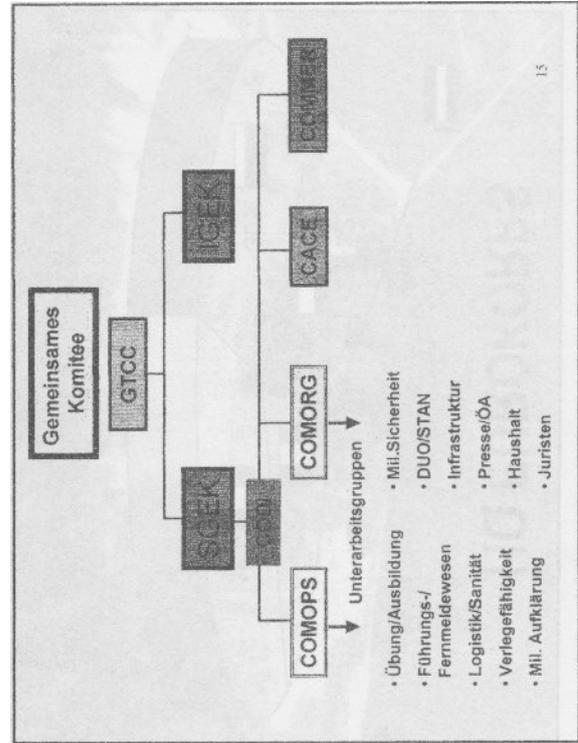
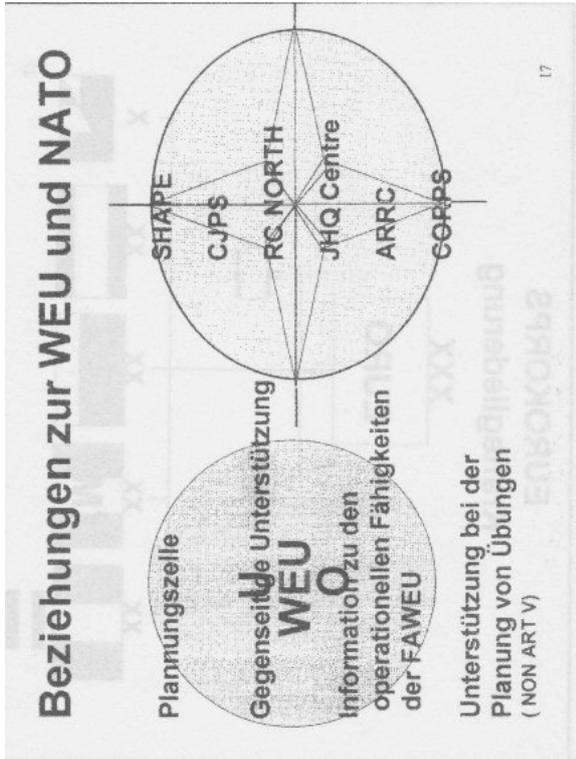
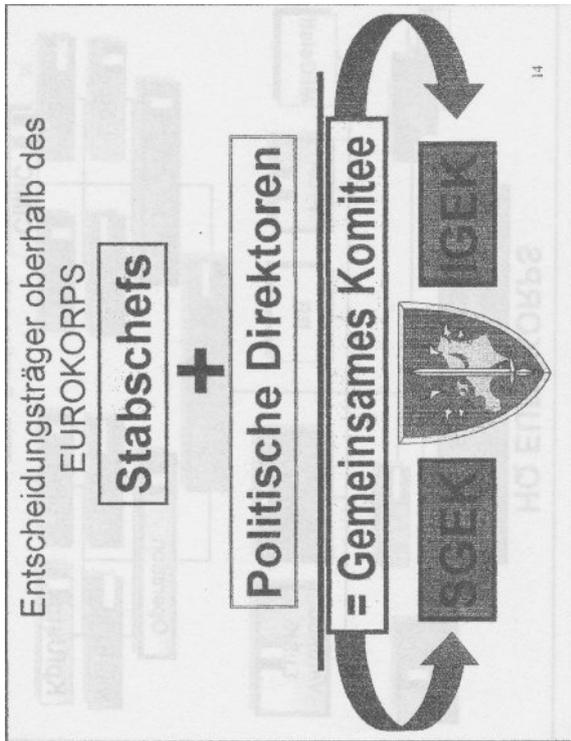
- 1. Europäische Einigung**
- 2. Verantwortung der Europäer**
- 3. Multinationale Kräfte**

7



13

- Bericht von La Rochelle**
22.05.1992
- Petersberger Erklärung**
19.06.1992
- MoU mit der WEU im September 1993
- SACEUR AGREEMENT**
21.01.1993



Einsatzspektrum

	TREATY of WASHINGTON ART 5 DEFENSE REACTION	TREATY of BRUSSELS ART V DEFENSE REACTION	NEW CONCEPT NATO NON-ART 5 CRISIS REACTION	PETERSBERG
	CR	ACE (COP)		COMBAT (CRISIS MGMT)
				PEACE ENFORCEMENT
				PEACE KEEPING
				HUMAN AID
				MANDATE UN/OSCE
				MANDATE UN/OSCE

19

Operationelle Fähigkeiten

800 KPZ

350 ATG

1000 SPZ

~85.000 Soldaten

28

Task Forces Konzept

FIL
Force Immédiate Légère

FIM
Force Immédiate Mécanisée

Immediat Light Force

Immediat Mechanized Force

Bis zu 5.000 Soldaten

Bis zu 35.000 Soldaten

37

Interoperabilitätsprogramm

SOP

Operationelle Partnerschaft

Ausbildungsprogramm

36

Zukunft

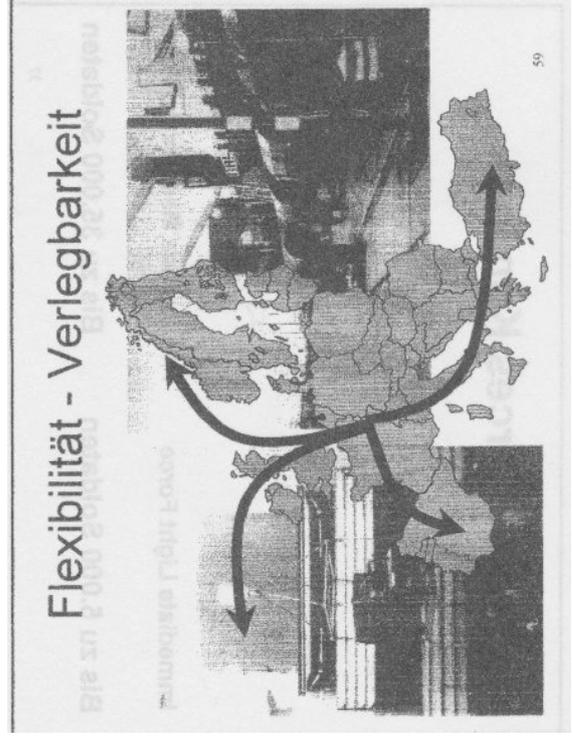
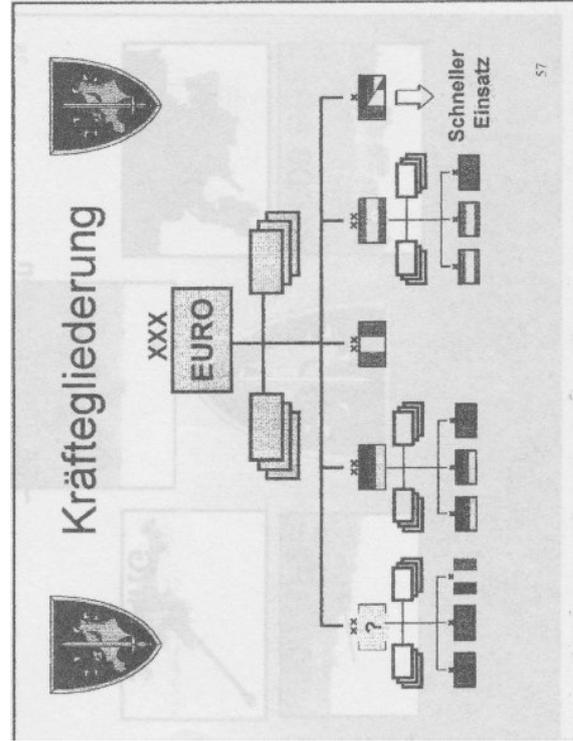
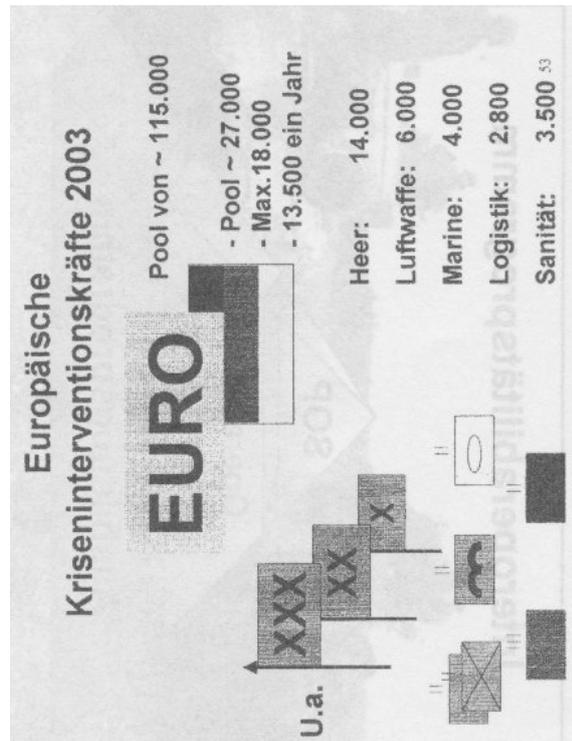
2003

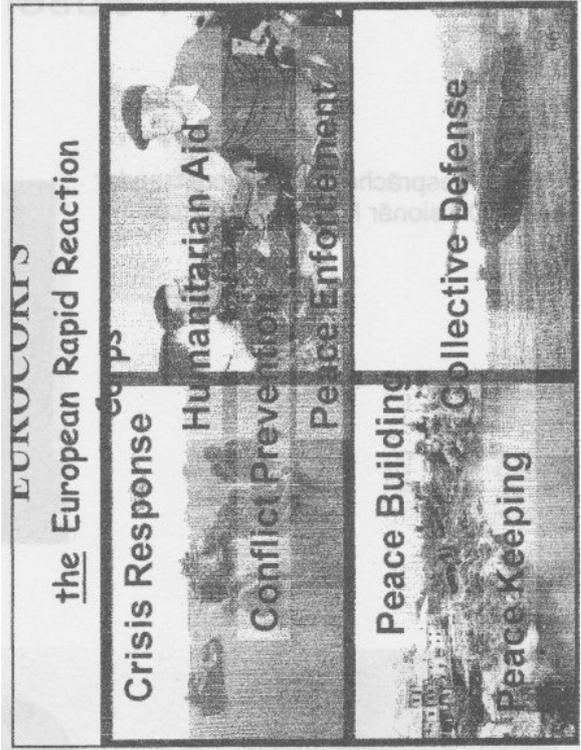
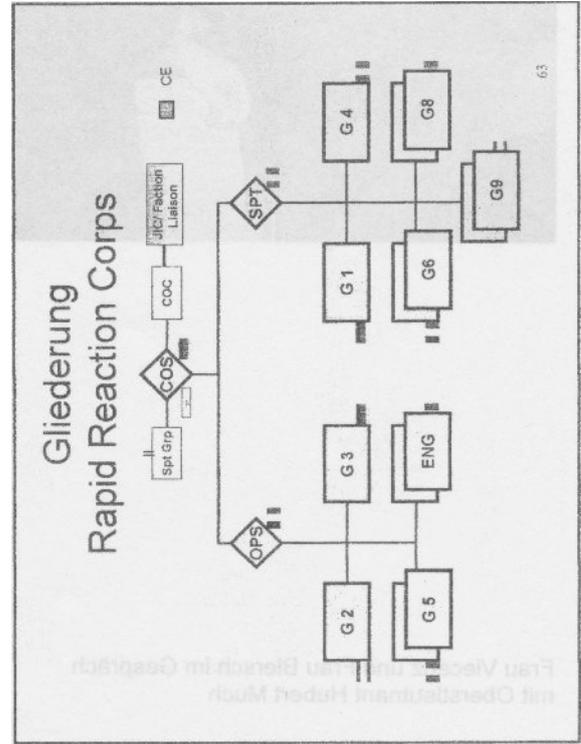
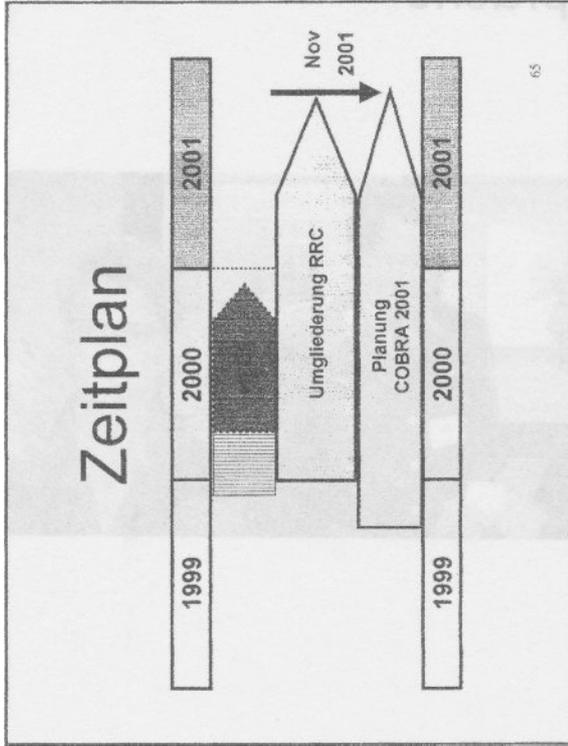
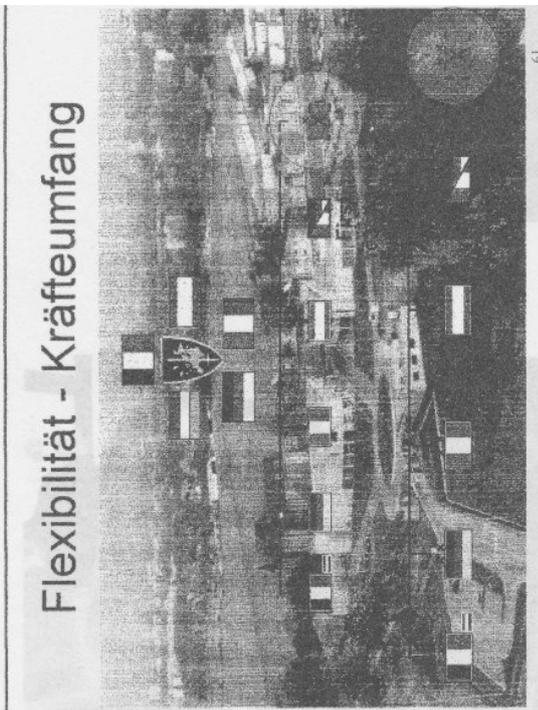
2001

Declaration of Helsinki 1999

EUROPEAN UNION OF COLBA STRUCTURE

50





Pausengespräche

Pausengespräche: Landesvorsitzender Peter Eitze, Divisionär Karl Redl und Edelgard Blersch



Diskussionen in der Kaffeepause:
Jörg Sorge mit Udo Hägele

Karin Vieczniz und Edelgard Blersch im Gespräch
mit Oberstleutnant Hubert Much





Kurzvortrag

des Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg
der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik



Oberst a.D.

Nikolaus Schmeja

**“Pulverfass Naher Osten -
Ausgangspunkt für einen Weltbrand?”**

Der Nahost - Konflikt

1. Ebenen des Konflikts

Den Mittelpunkt des Nahost-Konflikts bildet die Auseinandersetzung zwischen Israelis und Palästinensern um die politische und staatliche Ordnung in den Gebieten zwischen Jordan und Mittelmeer. Um diesen Kern und mit ihm verbunden sind Spannungen und Widersprüche, die teils geostrategischer, teils kultureller Natur und damit welt- wie regionalpolitischer Bedeutung sind.

Von Beginn der Immigration durch zionistische Siedler, die vor allem aus Osteuropa kamen, an waren Probleme erkennbar, die mit den mentalen und kulturellen Unterschieden zwischen Einwanderern und den Alteingesessenen zusammenhingen. Das nach dem Ersten Weltkrieg erwachende arabische Bewusstsein und die Zunahme der Zuwanderung - besonders nach dem Zweiten Weltkrieg - verschärften die Situation. Der Teilungsplan der UNO von 1947 wurde daher auch als gesamtarabisches Problem empfunden mit der Konsequenz, dass nach der Ausrufung des Staates Israel sich alle selbständigen arabischen Staaten gegen den neuen Staat wandten, der als Fremdkörper und Brückenkopf eines anderen, nämlich des europäischen Kulturkreises empfunden wurde. Die Entstehung eines islamischen historisch-politischen Bewusstseins erweiterte die Dimension dieser Konfliktebene, die nunmehr auch Staaten des Mittleren Ostens und fundamentalistische Bewegungen einschloss.

Die Lage am östlichen Ende des Mittelmeeres, wo die Zugänge zum Indischen Ozean und zum Schwarzen Meer eine geostrategische Bedeutung haben, sowie die nicht allzu ferne Nachbarschaft zu der schwierigen, erdölreichen Golfregion macht diesen Bereich per se zu einem Interessengebiet für verschiedene Großmächte. Die USA haben sich in der Vergangenheit deutlich und auch in der Vermittlerrolle nicht immer unparteiisch auf die Seite Israels gestellt, andererseits über Saudi - Arabien und die Scheichtümer, bedingt auch über Ägypten, in die arabische Welt eingewirkt. Daneben wurde mit dem Ende des Kalten Krieges Einfluss auf Zentralasien und die islamische Welt über die Türkei gesucht, das seinerseits seine deutlich neue strategische Situation mit einem politischen Führungsanspruch in der Region verknüpft, die verbunden mit der kemalistischen Grundhaltung der Trennung von Religion und Politik, sowie der Modernisierung des Staates in Anlehnung an den Westen zu einem Gegensatz mit den religiös unterlegten Ansprüchen vor allem des Iran, aber auch in der engen militärischen Kooperation mit den USA des Irak und Syriens führen muss. Die Position Europas ist demgegenüber differenzierter und keineswegs einheitlich, wenn auch die einzelnen Staaten aus unterschiedlichen Motiven die arabischen Argumente durchweg stärker einbeziehen; darauf wird noch näher einzugehen sein. Russland knüpft mit den alten Verbündeten der Sowjetunion, Syrien, Jemen und Irak wieder behutsam engere Beziehungen über Waffenlieferungen an und meldet sich damit als Mitspieler in der Region zurück, die man mit dem Golfkrieg weitgehend den Amerikanern überlassen hatte.

2. Der Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis

Seit den Oslo - Abkommen besteht kaum ein Zweifel, dass es zu irgendeiner Form der politischen Selbstbestimmung der Palästinenser kommen wird, die irgendwo zwischen autonomer Selbstverwaltung und souveräner Staatlichkeit anzusiedeln sein wird. Das sogenannte "Westjordanland" und der "Gaza - Streifen" werden dabei das Staatsgebiet, eventuell mit kleinen Korrekturen, bilden. Die Grenzüberwachung zu Ägypten und Jordanien sowie die Zollerhebung

sind festzulegen, möglicherweise mit israelischer Beteiligung, da sowohl gemeinsame Fragen der Inneren Sicherheit wie die enge wirtschaftliche Verbundenheit betroffen sind. Hinzu kommt das Problem des Transits zwischen Gaza und dem zentralen Gebiet am Jordan über Straßen, die eine freie Passage von Menschen und Gütern gewährleisten.

Erschwert wird die Festlegung von Gebieten durch die Frage der Zuordnung der Bevölkerung zu den unterschiedlichen Nationalitäten. Einerseits leben etwa 1,062 Millionen Palästinenser in Israel mit israelischer Staatsangehörigkeit andererseits leben unter den rund 2,49 Millionen Palästinensern (einschließlich der 210 000 Palästinenser in Ost-Jerusalem) in den besetzten Gebieten ca. 5700 jüdische Siedler im Gaza - Streifen und etwa 154 400 im Westjordanland. Hinzu kommen ungefähr 2,5 Millionen palästinensische Flüchtlinge oder deren Nachfahren in Staaten außerhalb Israels und Palästinas, die einst ihre Heimat im heutigen Israel hatten. Eine völlige Trennung der beiden Volksgruppen erscheint daher unmöglich, würde vermutlich auch die Fronten verhärten und zwei Staatsgebilde schaffen, die aus wirtschaftlichen Gründen so beide in ihren Entwicklungsmöglichkeiten stark eingeschränkt wären. Es wird sogar die Frage aufgeworfen, ob ein Staat Palästina unter diesen Umständen überhaupt auf Dauer lebensfähig wäre.

23% der arbeitenden Bevölkerung in den palästinensischen Gebieten hat seinen Arbeitsplatz in Israel, wohin man morgens fährt, um allabendlich zurückzukehren. Das für das Leben der Bevölkerung, für die Landwirtschaft wie für die Industrie und das Gewerbe unentbehrliche, aber knappe Wasser kann ebenfalls nur durch enge Absprachen und Kooperation bereitgestellt werden. Kurzum, wirtschaftlich ist eine Verflechtung zwingend erforderlich, die organisatorisch mindestens als Freihandelszone auf längere Sicht aber als Zoll - und Währungsunion einzurichten sein wird.

Sicherheit im Inneren wie nach außen ist ebenfalls eine offene Frage, die am ehesten ihre Lösung in einer Kooperation erfahren kann. Das Ende von rechts widriger Landnahme einerseits und die Abwehr terroristischer Aktivitäten andererseits sind nur in enger Verbindung und Absprache miteinander zu lösen. Einseitiges Vorgehen bildet das Wasser auf die Mühlen der radikalen Minderheiten, die in ihrem Denken und in ihren Aktivitäten ein friedliches Nebeneinander nicht vorgesehen haben.

Das bei den Kriegen der vergangenen Jahrzehnte und der von seiner Größe und Gestalt schwierigen Lage des Staates die militärische Sicherheit eine Kernfrage für Israel bildet, verwundert nicht. Zwar sind die israelischen Streitkräfte (IDF = Israelian Defense Forces) ihrem staatlichen Umfeld konventionell überlegen, zudem besitzen sie als einzige Nuklearwaffen, doch reicht dies für das Überleben nicht aus. Neben dem schwer zu fassenden Terrorismus sind im Zeitalter der Raketen und der weitreichenden, unbemannten, sich selbst steuernden Flugkörper Aufklärung und Abfangwaffen von größerer strategischer Bedeutung als eine überlegene Panzerstreitmacht. Es wundert daher nicht, dass Israel eine Raketenabwehr in enger Kooperation mit den Vereinigten Staaten aufbaut, die im übrigen auch den eigentlichen Garanten gegen einen Angriff mit nicht konventionellen Waffen bilden. Die Frage seiner Sicherheit ist für Israel vorrangig vor gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklungen.

Eines der schwierigsten Probleme zwischen Israelis und Palästinensern bildet die staatliche Zugehörigkeit Jerusalems. Jerusalem, im UNO-Teilungsplan internationalisiert, wurde nach dem Unabhängigkeitskrieg geteilt, wobei die Altstadt mit den Resten des Tempels und den islamischen Heiligtümern, wie den christlichen Gedenkstätten unter jordanische Herrschaft kam. 1967 eroberte die israelische Armee ganz Jerusalem, 1980 erklärte Israel die Annexion des Ostteils der Stadt und erhob Jerusalem zu seiner - international nicht anerkannten - Hauptstadt. Jerusa-

risch, wirtschaftlich und technisch seinen Nachbarn weit voraus ist, eine Führungsrolle bei der Entwicklung in der Region übernehmen. Sieht sich Israel jedoch als jüdischer Gottesstaat, in dem sich das auserwählte Volk auf die Ankunft des Messias im verheißenen Land vorbereitet, dann wird es ein Fremdkörper in der Region bleiben, der Konflikt ist nicht auflösbar. Eine dritte Möglichkeit wäre die säkulare Auffassung des Judentums als Kultur, die durchaus in Einklang mit der Demokratie gebracht werden kann. Judentum als Leitkultur Israels, die durchaus Raum für andere Religionen und Kulturen lässt und eine an den Idealen der Demokratie und westlich verstandenen Rechtstaatlichkeit Staatsordnung entwickelt. Eigenart zu wahren und Integration der Bürger in einen gemeinsamen Staat Israel wäre so eventuell vereinbar. Itzhak Rabin hat Schritte auf diesem Weg getan und die Religiösen an den Rand gedrängt. Er hat Fortschritte im Friedensprozess mit den Arabern gemacht, doch hat seine Politik die Gesellschaft gespalten. Nach seiner Ermordung hat Netanjahu die offene Balance zwischen säkularem Staat und Gottesstaat zu erhalten versucht. Absoluten Vorrang hatte für ihn die Sicherheit Israels durch eigene Stärke und die Kontrolle der Araber. Der Friedensprozess stagnierte, wurde teilweise wieder zurückgedreht, vor allem ging das langsam erwachende Vertrauen der Palästinenser verloren, die sich betrogen fühlten. Für Barak sind Frieden und Sicherheit vorrangig, jedoch verbindet er den Prozess nicht mit einer Reform im Inneren. Vielleicht kann er dies auch gar nicht, da er auf eine breite Koalition von links bis zu den Nationalreligiösen setzt.

4. Europa, der Westen und der Nahost - Konflikt.

Geostrategisch bildet das Mittelmeer die kürzeste Seeverbindung zwischen Nord und Ostafrika, zwischen Europa und Asien. Es ist Teil des Weges für Erdöltransporte aus der Region des Kaspischen Meeres und der Golfregion nach Süd - und Westeuropa.

Es bildet auch die Region, wo drei große Kulturräume aufeinandertreffen. Der christlich - abendländische, der islamische und der christlich - orthodoxe. Konflikte, wie Austausch von Ideen, Waren und Menschen haben gemeinsame Geschichte geschaffen und Verbindungen entstehen lassen, die der Entwicklung und Gestaltung bedürfen. Wie der Balkan-Konflikt hat der Nahost-Konflikt einen direkten Einfluss auf das Geschick Europas. Hier eine Lösung zu finden, ist Voraussetzung für den friedlichen Verbund der europäischen Union, Südosteuropas, Nordafrikas und der Nah- /Mittelost-Region.

Historische und kulturelle Verbundenheit mit Palästina, dem Judentum und den arabischen Ländern beeinflussen die Haltung der verschiedenen europäischen Staaten. Deutschland ist durch seine Schuld am Holocaust in besonderer Weise verpflichtet und gebunden. Im Falle der USA besitzen innenpolitische Gründe und das besondere Verständnis für die Pionierleistung der Israelis, ihre Vorreiterrolle für die Demokratie und der Wille, einen weiteren Holocaust unter allen Umständen zu verhindern, eine wichtige Bedeutung.

Niko Schmeja

Ergebnisse der Arbeitskreise

Bericht Arbeitskreis 1

Wer wird wo wann gebraucht? Was muss die Bundeswehr tun, um die richtigen Reservisten zur richtigen Zeit zu bekommen? Auf diese Fragen konzentrierte sich sehr schnell die Diskussion im Arbeitskreis 1 unter Leitung von Oberst Schultjan, Kommandeur Verteidigungsbezirkskommando 51.

Einleitend hatte Oberst Schultjan den Rahmen für die künftigen Schwerpunkte des Reservisteneinsatzes umrissen. Da ein Kriegsfall in den nächsten Jahren „in der Nähe Deutschlands“ unwahrscheinlich sei, gebe es derzeit fast keine Übungen mit Volltruppe. Gebraucht würden aber Reservisten, die nach kurzer Einweisungszeit in der Lage seien, in einen längeren Auslandseinsatz zu gehen oder im Inland als „Ausfalldiensttuer“ eingesetzt werden könnten, „ohne dass ein Aktiver daneben steht.“

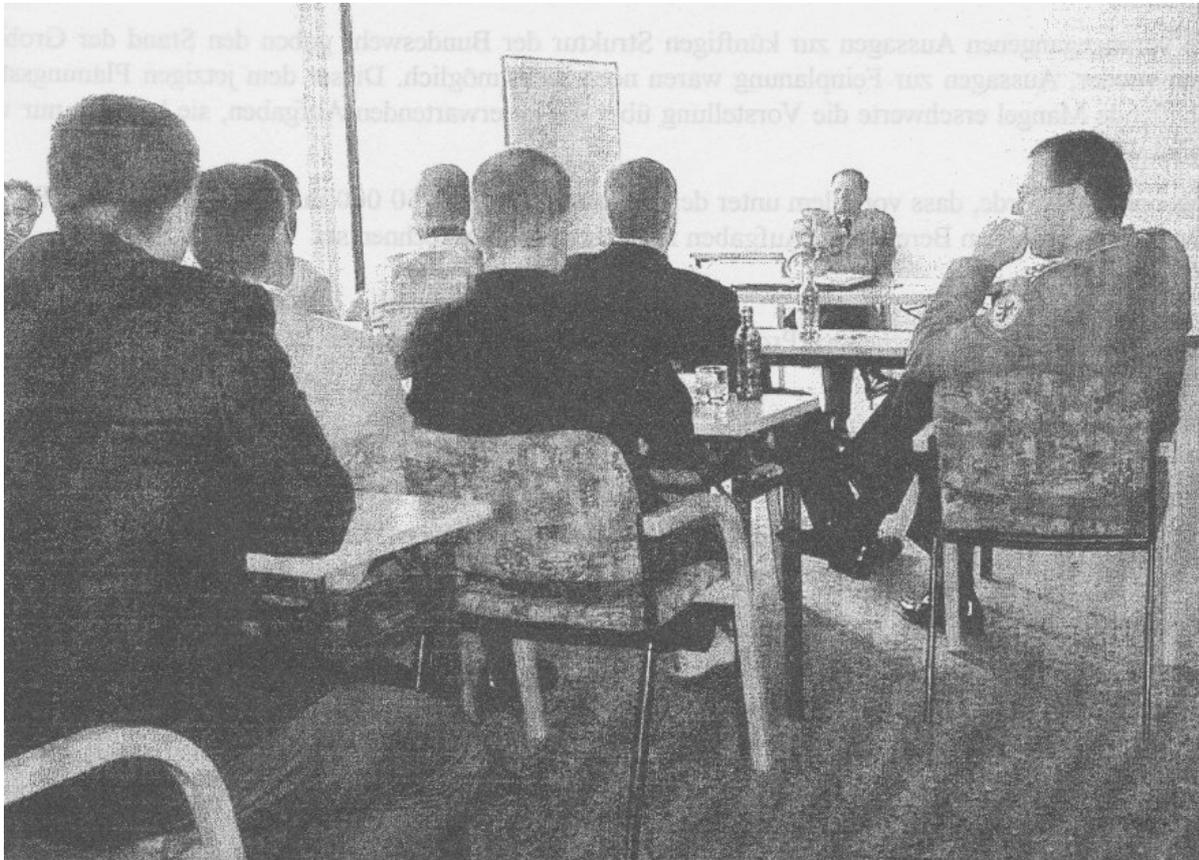
Kritik und Verbesserungsvorschläge in der konzentrierten Aussprache betrafen vor allem folgende Punkte:

- Das Arbeitsplatzsicherungsgesetz müsse erweitert werden, um Reservisten in längeren Wehrübungen besser abzusichern
- Auch die übrige soziale Absicherung wehrübender Reservisten müsse verbessert werden.
- Konflikte am Arbeitsplatz von wehrübenden Reservisten sahen mehrere Diskussionsredner nicht nur in kleineren Betrieben mit wenigen Beschäftigten, sondern auch bei großen Unternehmen wie etwa der Bahn.
- Die zivilberuflichen Tätigkeiten müssten im Personalstammblatt besser erfasst werden. Dazu müssten auch Reservisten beitragen durch Meldung ihrer beruflichen Qualifikation.
- Angeregt wurden „Pools“ der Bundeswehr für Reservisten, die zu freiwilligen Wehrübungen bereit seien. Eine derartige Liste könnte im Internet aber auch in „loyal“ veröffentlicht werden.
- Gefordert wurde eine verbesserte dienstgradbezogene Aus- und Weiterbildung der Reservisten für den derzeitigen Bedarf der Bundeswehr.
- « Fragezeichen wurden hinter die Anregung gesetzt, eine derartige Aus- und Weiterbildung an Truppschulen vorzunehmen: da sie nicht flächendeckend verteilt sind, wären lange Wege unvermeidlich.
- Mehrere Sprecher wünschten eine „mittelfristige“ Planung der Reservisteneinsätze.
- Besser genutzt werden sollte die Möglichkeit, qualifizierte Reservisten mit einem vorläufigen Dienstgrad einzuberufen (Beispiel Jurist und Obergefreiter d.R. als Rechtsberater; gerade der Balkan-Einsatz habe gezeigt dass die Bundeswehr auch Reservisten/spezialisten mit nicht bundeswehrtypischen beruflichen Qualifikationen brauche, etwa Lokführer, Gefängniswärter oder Fachleute für die Müllabfuhr).

Insgesamt bekräftigten die Teilnehmer die Bereitschaft, die „neue“ Bundeswehr aktiv mit zu gestalten. Sie wünschten aber eine klare Definition des Reservistenauftrages und plädierten dafür, nicht mehr benötigte Reservisten in würdiger Form zu verabschieden, auch um die Arbeit des VdRBw nicht unnötig zu erschweren.

Die Diskussionsergebnisse wurden vom Berichterstatter, Oberstleutnant d.R. Jochen Griesinger, dem Plenum vorgetragen und fanden Eingang in eine vom 7. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress verabschiedete Resolution.

Dr. Johannes Leclerque
Oberstleutnant d.R.



Die Arbeitsgruppe unter Leitung von General Hans-Dieter Möhring

GfW Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.

Sektion Tübingen

Gelber Kreidebusen 6 - 72108 Rottenburg - 07472/43386 - ark@infotom.de

Rottenburg, 27. November 2000

7. Internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongress

Arbeitsgruppe 2

Streitkräftebasis und die territorialen Aufgaben - eine Herausforderung für Reservisten in der Führungsverantwortung

Vorgaben

Die vorangegangenen Aussagen zur künftigen Struktur der Bundeswehr gaben den Stand der Grobplanung wieder, Aussagen zur Feinplanung waren noch nicht möglich. Dieser dem jetzigen Planungsstand anhaftende Mangel erschwerte die Vorstellung über die zu erwartenden Aufgaben, sie konnten nur vage erahnt werden.

Angenommen wurde, dass vor allem unter der Personalstärke von 50 000 in der Basis, in den WBK und deren nachgeordnetem Bereich mit Aufgaben für Reservisten zu rechnen sei.

Hinsichtlich der zu untersuchenden Problemfelder stellte die Arbeitsgruppe 17 auf diesen Vorgaben beruhende Thesen auf.

Allgemeine Folgerungen, die sich aus der Erneuerung der Bundeswehr ergeben.

- ◆ Die von Grund auf erneuerte Bundeswehr macht auch eine von Grund auf erneuerte Reservistenkonzeption und -arbeit erforderlich. Es werden in Zukunft weniger und andere Reservisten benötigt.
- ◆ Die ehemaligen Zeit- und Berufssoldaten müssen verstärkt Zielgruppe der Reservistenarbeit sein.
- ◆ Die neue Struktur der Streitkräfte muß auch eine Änderung der Struktur des Reservistenverbandes zur Folge haben.

Folgerungen für die Aus- und Weiterbildung.

- ◆ Die Änderungen in der Aus- und Weiterbildung betreffen mehr die verwendungsbezogene, weniger die verwendungsunabhängige Reservistenarbeit.
- ◆ Die Bedeutung der „grünen“ Reservisten verschiebt sich zugunsten der Reservisten in Logistik, Führungs- und Unterstützungsdiensten. - Es wird freilich auch weiter mobilmachungsabhängige Sicherungskräfte geben müssen.
- ◆ Die Inhalte der verwendungsbezogenen Reservistenarbeit müssen auf den wahrscheinlichen Einsatz hin ausgerichtet werden.

- ◆ Das Herstellen und der Erhalt der Fähigkeit für Einsätze im Frieden im erweiterten Aufgabenspektrum der Bundeswehr müssen deshalb im Zentrum der Aus- und Weiterbildung stehen.
- ◆ Die Qualifikationen der Reservisten, die nicht aus der ursprünglichen militärischen Ausbildung oder dem zivilen Beruf resultieren, sollten in kürzeren, beruflich tragbaren Lehrgängen zu erwerben sein.
- ◆ Der Bedarf an speziell qualifizierten Reservisten wird steigen, das bedingt ein erhöhtes Angebot von Qualifizierungsmaßnahmen.

Folgerungen für die Beorderung.

- ◆ Das Heer steht in Zukunft nicht mehr im Schwerpunkt des Einsatzes von Reservisten.
- ◆ Der größte Teil der Reservisten wird in der Streitkräftebasis Verwendung finden.
- ◆ Die Personalführung muss über ein aktuelles Berufsbild der Reservisten verfügen und es berücksichtigen, auch in der dienstgradmäßigen Einstufung der beruflich geprägten Dienstposteninhaber. Beitragen zum Stand der Informationen müssen die Reservisten selbst.

Folgerungen für Wehrübungen.

- ◆ Das alte System der Wehrübungen stimmt nicht mehr mit dem Bedarf überein. Wenn Wehrübende Führungsverantwortung für einen längeren Zeitraum übernehmen sollen - ob in einem Einsatzraum oder in der Garnison - muss das System flexibler gestaltet werden.
- ◆ Die Belastung der Dienenden wird wachsen, unabhängig von der Stationierungsentscheidung: Die Bundeswehr ist im Einsatz, der Friedensbetrieb und eine tief greifende Umgliederung verlaufen parallel dazu. Der Bedarf an übenden Reservisten wird in dieser Phase erheblich steigen.
- ◆ Mehr Flexibilität der Arbeitswelt, ggf. staatliche Einwirkungen auf die Arbeitgeber sind erwünscht.

Folgerungen für die allgemeine Reservistenarbeit.

- ◆ Für die allgemeine Reservistenarbeit ist und bleibt die territoriale Anbindung die beste Lösung, die aber in der realen Unterstützung auch von den Teilstreitkräften wahrgenommen werden kann.
- ◆ Wichtig ist die Anbindung in kurzer Entfernung.

Andreas Krause

Arbeitskreis 3

Multinationalität und Bundeswehr - und die Rolle der Reservisten

Moderation: GM Neubauer

Unterhalb der Führungsebene Heeresgruppe gibt es heute Bindungen in vielen Richtungen:

ACE (Mobile Forces (AMF), ACE Rapid Reaction Corps (ARRC) und Multinational Division (MND), Deutsch-Französische Brigade (D/F Brig), EUROKORPS, I. D/NL Korps, II. GE/US Korps, V. US/GE Korps, Multinationale Korps Nordost und LANDJUT.

Kaum eine andere Armee kann auf eine ähnlich große Vielfalt an Erfahrungen zurückgreifen, kaum eine andere hat derart viele Menschen auf diesen militärischen Führungsebenen in einen multinationalen militärischen Arbeitsalltag gestellt. Bei durchaus vorstellbaren weiteren Streitkräftereduzierungen in Europa werden Staaten weit stärker als bisher gehalten sein gemeinsame militärische Strukturen auch unterhalb der Korpsebene zu suchen. Die Vorteile der Multinationalität sind dabei offenkundig:

- > Optimierung der reduzierten nationalen Kontingente
- > Förderung des europäischen Integrationsprozesses
- > Gemeinsame Wahrnehmung von national nicht zu bewältigenden Aufgaben der Sicherheitsvorsorge
- > Verhinderung einer Renationalisierung der Verteidigung
- > besonders unverzichtbar ist die breite Multinationalität für Einsätze zur Krisenbewältigung.

Die Bundeswehr bekennt sich zur Multinationalität. Bei multinationalen Einsätzen ist die Sprache wichtiger denn je wie z.B. in der medizinischen Versorgung, der Wahrung von Anfangsoperationen, bei Verhandlungen mit den Behörden/Verhandlungspartner der Krisenregionen..

Diskussion des Plenums :

Durch diese Aufgaben ergibt sich für die Reservisten ein neues Reservistenprofil:

- « Einsatz im Einsatzland (z.B. in MN-Stäben) mit grundlegender Sprachkenntnis
- Einsatz als Vertretung im Frieden (Vertretung am Standort)

Welche Rahmenbedingungen ergeben sich daraus, welche Voraussetzungen sind notwendig:

- > Flexibilität
- > Teamfähigkeit
- > Führungsqualität, Öffnung der Persönlichkeit, Zugangsformen
- > Sprachfähigkeit für Stäbe, Sprache der Krisenregion
- > zivilberufliche Qualifikationen

Feststellungen zu o.a. Punkten:

- > eigene Sprachauffrischung ist notwendig, Schulkenntnisse sind unzureichend
- > Kenntnisse im ‚tactical English‘
- > Möglichst Nutzung von Res mit Sprachkenntnissen der Muttersprache der Krisenregion
- > Kenntnis der taktischen Begriffe
- > Nutzung von Ressourcen zur Weiterbildung in den Sprachen

In der Folge ergeben sich Anregungen und Forderungen zum verbesserten Einsatz von Res während Wehrübungen:

- Abschöpfen der Qualifikationen der Res (zivilberuflich) durch KWEA's
- Erstellen eines Anforderungskatalogs für die jeweilige Funktion des Res bei der WÜ
- Ziehungstaktik verändern
- Erfassung von ATN, aktuellen Sprachkenntnissen , zivilberufl. Weiterqualifikation über das PersStammbblatt durch KWEA's (verbindliche Aktualisierung)
- Datensammlung
- Ausschreibungen von wesentlichen Stellen für WÜ in Loyal, Stellenbörse
- Nutzung des Internet für Stellenbörse
- Austausch zwischen Bundeswehr und Res zu Fähigkeiten, Wünschen, Weiterqualifikationen zwischen den WÜ
- kombinatorischer Ansatz mit dem Handwerk
- Kommunikation mit Industrie und Kammern
- Ausbildung in den psychologischen Bereichen, in der Führungskompetenz, hierbei Sensibilisierung auf Land, Leute, Kultur
- bessere Absicherung am Arbeitsplatz für mehrmonatige WÜ in Krisenregion oder Vertretung am Standort

Sekretäre: Rolf Benedikt O d.R.
Joachim Klotz O d.R.

Schwierige Suche der Truppe nach geeigneten Reservisten für Wehrübungen von bis zu sechs Monaten Dauer

Geht die Bundeswehr bald im Internet auf „Heldenklau“?

Noch immer keine Klarheit über das Schicksal von großen Bundeswehrverbänden in Baden-Württemberg

Von unserem Redaktionsmitglied
Johannes Leclerque

Stuttgart. Lokführer, Müllmänner und Gefängniswärter, Lehrer, Dolmetscher und Bundeswehrspezialisten wie etwa Panzerfahrer oder Pioniere. Und doch braucht die Truppe solche Fachleute mit militärischen Grundkenntnissen, um die zivile Infrastruktur im Kosovo wieder aufzubauen. Andere Spezialisten wie Pipelinepioniere und ABC-Abwehrosoldaten hat die Bundeswehr zwar, aber keineswegs so viele, wie auf dem Balkan gebraucht werden, um zum Beispiel das beschädigte Wasser- und Abwassersystem wieder in Gang zu setzen.

Das ist nur ein Teil der Probleme, mit denen die Soldaten der 10. Panzerdivision aus Sigmaaringen im letzten Halbjahr konfrontiert wurden, als Truppen aus Baden-Württemberg und Bayern den „Leitverband“ für die Kosovo-Friedenstruppen (Kfor) stellten. Zwei Drittel der Soldaten sind inzwischen wieder in die Heimat zurückgekehrt, wie ihr Kommandeur, Generalmajor Karl-Heinz Lather, am Wochenende auf einem sicherheitspolitischen Kongress des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik in Kornal-München (bei Stuttgart) mitteilte. Bei feierlichen Appellen Mitte Januar 2001 werden die Kfor-Soldaten den Dank der Ministerpräsidenten Teufel und Stoiber entgegennehmen dürfen.

Doch nach dem Spiel ist vor dem Spiel, sagen die Fußballer. „In zwei Jahren sind wir wieder dran - auf dem Höhepunkt der Bundeswehrumgliederung“, warnt Brigadegeneral Hans-Dieter Möhring, der Stellvertreter von Generalmajor Lather und zuständig für nationale territoriale Aufgaben im Wehrbereich V (Baden-Württemberg). „Wir müssen den Motor umstrukturieren, während er läuft und das Auto fährt.“

„Kein Stein bleibt auf dem anderen“, erwartet Oberstleutnant der Reserve Peter Eitze Konstanz, der Landesvorsitzende des Reservistenverbandes. „Wir machen aus einer romanischen Kirche eine gotische“, beschreibt Eitze den eingeleiteten Umbau der Streitkräfte. „Nein - wir bauen eine Moschee“, veranschaulicht General Lather die Neugliederung. Inzwischen ist die so genannte „Grobbauspla-

nung“ der „neuen“ Bundeswehr fertig. Sie bringt, wie Vizeadmiral Rainer Feist, der Stellvertreter des Generalinspektors, auf dem 7. Internationalen Sicherheits- und verteidigungspolitischen Kongress erläuterte, eine Verringerung des Gesamtumfangs der Bundeswehr von 340 000 auf 282 000 Soldaten. Gleichzeitig aber erfolgt durch Reduzierung an anderen Stellen eine Verstärkung der Einsatzkräfte von 60 000 auf 150 000 Mann (wir berichteten mehrfach): „Weniger Umfang, aber mehr Profis“, bewertet dies der Admiral. Man werde „jede Menge alte Zöpfe abschneiden“.

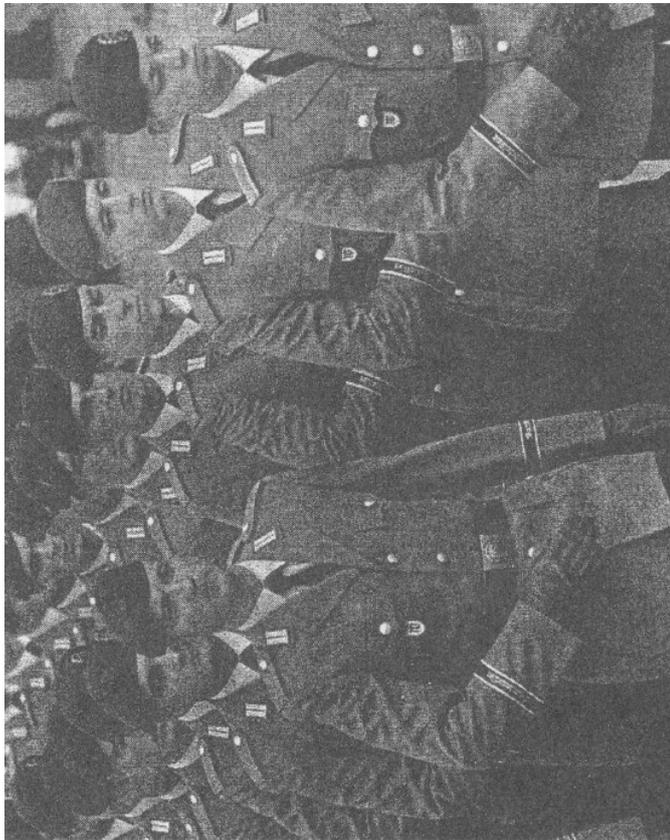
Was aber bedeutet dies für die aktiven Truppenteile und Standorte, für Wehrpflichtige und die derzeitigen Wehrbereichskommandos V

Sigmaringen) und VI (München) für Baden-Württemberg und Bayern zum neuen Wehrbereich Süd zusammengelegt werden. Offen ist jedoch noch immer, wo der Sitz des neuen Kommandos sein wird. Lathers eigene Division wird zwar vermutlich - neben fünf neuartigen mechanisierten Divisionen - bestehen bleiben, aber in einer neuen Truppenzusammensetzung, über die noch nicht entschieden ist. Sicher ist dagegen, dass zum Jahresbeginn in der 10. Panzerdivision die ersten 50 Frauen ihre Grundausbildung beginnen werden, und zwar beim Panzergrenadierbataillon 294 in Sletten am kalten Markt. Widersprüchliche Informationen gibt es darüber, ob die 1. Luftwaffendivision in Karlsruhe bleibt oder nach Meßsteden verlegt wird.

Von einer Art Bestandsgarantie im Rahmen einer Division für Spezialoperationen können dagegen die Spezialkräfte in Calw ausgehen sowie die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim, die Generalmajor Helmut Neubauer, Stellvertreter der Kommandierenden General des Eurokorps in Straßburg, als „Speerspitze“ der geplanten „Europatruppen“ (im Rahmen der Europäischen Union) sieht.

Bei einem Verteidigungsumfang von 500 000 Mann - im Kalten Krieg waren es einmal 1,4 Millionen - wird die Bundeswehr in Zukunft zwar nicht ohne Wehrpflicht und Reservisten auskommen, aber sie braucht etwa ein Drittel weniger Reservesoldaten als bisher und vor allem andere, insbesondere Spezialisten mit zivilberuflichen Kenntnissen, die in der aktiven Truppe nicht vorhanden sind, zum Beispiel Lokführer oder Dolmetscher. Gesucht werden besonders Reservisten, die der Truppe für längere Zeit - bis zu sechs Monate - zur Verfügung stehen.

Der Reservistenkongress forderte deshalb, die soziale Absicherung und den Arbeitsplatzschutz dieser wehrübenden Reservisten zu verbessern. Die Reservisten regten darüber hinaus an, dass die Bundeswehr im Internet und in der Reservistenzeitschrift „Loyal“ offene Stellen „auschreibt“, um geeignete Reservisten bundesweit ausfindig zu machen. Zudem müsse die Aus- und Weiterbildung der Reservisten den neuen Anforderungen angepasst werden. Von den nicht mehr benötigten Soldaten der Reserve solle sich die Bundeswehr in würdiger Form verabschieden.



MARSCH in eine ungewisse Zukunft: Soldaten der Bundeswehr bei einem feierlichen Gelbnis in Berlin. Foto: Keystone



Zukunftsfragen der Bundeswehr erörtert

»Alte Zöpfe werden abgeschnitten«

Beachtenswerter Kongress der Landesgruppe Baden-Württemberg

STUTTGART - »Weniger Umfang, aber mehr Profis« werden nach Auffassung von Vizeadmiral Rainer Feist, dem Stellvertreter des Generalinspektors, die Bundeswehr nach ihrer neuen Ausrichtung auf die Zukunft prägen. Dabei werde man »jede Menge alte Zöpfe« abschneiden. Dies unterstrich Vizeadmiral Feist auf dem 7. sicherheits- und verteidigungspolitischen Kongress der baden-württembergischen Reservisten und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik vor der Jahreswende in Korntal-Münchingen (Stuttgart).

Inzwischen, so Feist, sei die so genannte »Grobplanung« der neuen Bundeswehr fertig und werde eine Verringerung von 340.000 auf 282.000 Soldaten bringen. Durch diese Reduzierung erfolge aber gleichzeitig eine Verstärkung der Einsatzkräfte von 60.000 auf 150.000 Mann.

Truppenabbau bundesweit auch etwa 60.600 Stellen für Zivilbedienstete der Bundeswehr wegfallen würden.

Im Zuge der Grobplanung ist inzwischen bekannt, dass die bestehenden Wehrbereichskommandos V (Sigmaringen) und VI (München) für den Bereich Baden-Württemberg



EINEN AUSBLICK auf die Struktur der neuen Bundeswehr gab der Stellvertreter des Generalinspektors, Vizeadmiral Rainer Feist. Im Bild rechts Oberstlt d.R. Peter Eitze, Vorsitzender der baden-württembergischen Reservisten; neben ihm Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja, Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehrkunde und Sicherheitspolitik.

Was dies aber für die aktive Truppe und ihre Standorte, für die Wehrpflichtigen und Reservisten bedeutet, vermochte auch der Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision (Sigmaringen), Generalmajor Karl-Heinz Lather, den rund 150 Kongressteilnehmer nicht zu entschlüsseln. »Wir wissen es momentan wirklich nicht.« Zu erwarten, so Lather, sei beispielsweise, dass neben dem geplanten

und Bayern zu einem neuen Wehrbereich Süd zusammengelegt würden. Der Sitz des neuen Kommandos, so Lather, sei jedoch völlig offen. Die Spezialkräfte der Bundeswehr in Calw und die Deutsch-Französische Brigade in Müllheim können im Rahmen einer »Division für Spezialoperationen« jedoch von einer Bestandsgarantie ausgehen. Dies unterstrich bei dem Kongress in Korntal-Münchingen Generalmajor Helmut

Neubauer als Stellvertreter des Kommandierenden General des Eurokorps in Straßburg, der die beiden Verbände als »Speerspitze« der geplanten »Europatruppen« im Rahmen der Europäischen Union sieht.

Aber auch dies wurde bei dem Kongress klar: Die Bundeswehr wird auch in Zukunft nicht ohne Wehrpflicht und Reservisten auskommen können. Dabei werde sie aber auf etwa ein Drittel weniger Reservesoldaten als bisher zurückgreifen müssen, vor allem auf Spezialisten mit Kenntnissen, die in der aktiven Truppe nicht vorhanden sind. In diesem Zusammenhang werden künftig besonders Reservisten gefragt sein, die der Truppe für längere Zeit zur Verfügung stehen.

Im Hinblick darauf forderte der Reservistenkongress deshalb, die soziale Absicherung

und den Arbeitsplatzschutz gerade dieser Wehrübenden zu verbessern (siehe auch »Reservisten fordern bessere Bedingungen«). Zuvor hatten sich verschiedene Arbeitskreise mit der Problematik der angesprochenen Themen beschäftigt und ihre Ergebnisse dargelegt.

Landesvorsitzender Oberstleutnant d.R. Peter Eitze und Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja als Vorsitzender der baden-württembergischen Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis auch dieses 7. gemeinsamen Internationalen Sicherheits und Verteidigungspolitischen Kongresses, der wiederum Impulse, Anregungen und Möglichkeiten öffentlichkeitswirksamer Reservistenarbeit, auch über Landesgrenzen, aufgezeigt hatte.

Georg A. Trzetzkiak

Reservisten fordern bessere Bedingungen

STUTTGART (LPR) -

Eine verbesserte Ausbildung und ausreichende soziale Absicherung der Reservisten forderten die Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Bundeswehr und die Landesgruppe V (Baden-Württemberg) der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik auf ihrem 7. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongress in Korntal-Münchingen. Der Reservistenverband fordert ferner, dass die Bundeswehr stärker als bisher neben der militärischen Qualifikation auch die zivilberufliche Qualifizierung von Reservisten nutzt.

Wie es in einer Presseerklärung heißt, regt der Verband an, seitens der Bundeswehr mit modernen Kommunikationsmitteln einen so genannten Stellenpool zu schaffen, mit des-

sen Hilfe auch über das Internet interessierte Reservisten bundesweit über offene Wehrübungsplätze informiert werden können. Gleichzeitig fordert der Kongress, dass die Bundeswehr zielgerichteter als bisher ihre Reservisten auf neuartige Formen des Einsatzes, zum Beispiel für Auslandseinsätze, dienstgrad- und funktionsbezogen weiterbildet und auch ihre Sprachkenntnisse fördert.

Abschließend fordert der Kongress vom Gesetzgeber, die Arbeitsplatzsicherung und sonstigen sozialen Absicherungen der Reservisten im Hinblick auf längere freiwillige Wehrübungen spürbar zu verbessern.

AKTIV aktuell

Verantwortlich für »AKTIV aktuell«:
Georg A. Trzetzkiak, Durlacher Straße 14,
76229 Karlsruhe, Tel.: 0721/48 2077, Fax:
0721/48 20 77.



Landesbereich V • Baden-Württemberg

Im Jahr 2000 setzte sich im Landesbereich der Verjüngungsprozess bei den Sektionsleitern fort. Mancher verdiente ältere Kamerad, der bereits vor 1990 und in der Zeit der großen sicherheitspolitischen und strukturellen Veränderungen die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik mit auf Kurs gehalten und das Angebot an Veranstaltungen den neuen Verhältnissen angepasst hat, übergab sein Amt an einen Jüngeren. Einige Sektionen stellten ihre aktive Arbeit ein, da der Übergang nicht zufrieden stellend gelang. Andere suchen nach Schließung ihrer heimatlichen Garnison nach einem neuen Konzept in einem veränderten Umfeld.

Trotzdem steigen die Mitgliedszahlen weiter leicht an. Die Anstrengungen müssen sich noch stärker auf diejenigen Personengruppen richten, die deutlich unterrepräsentiert sind: Frauen und Jugendliche. Themen, Veranstaltungsort und Art der Werbung müssen den Bedürfnissen dieser Kreise stärker angepasst sein, vielleicht sind auch neue Formen der Arbeit, wie »workshops«, offene Seminarabende oder Wochenendseminare interessante Alternativen zu den herkömmlichen Vorträgen mit anschließender Gelegenheit, Fragen zu stellen. Andererseits ist das Angebot an interessanten Darstellungen auch zu sicherheitspolitisch relevanten Themen in den Medien groß, so dass entweder besonders attraktive Referenten oder die Möglichkeit einer aktiven Beteiligung an einer Veranstaltung bzw. das Treffen von vertrauten Gesprächspartnern in angenehmer Umgebung zum Besuch unserer Veranstaltungen anregt. Die beachtliche Qualität des Angebots konnte gehalten, in einigen Sektionen sogar noch verbessert werden. Die Mischung zwischen allgemeinen sicherheitspolitischen Überlegungen von kompetenten Rednern vorgetragen, Erfahrungsberichten aus den Einsätzen auf dem Balkan und Fragen zur Lage und dem Betrieb der Bundeswehr bildeten die Mischung, die offensichtlich bei unseren traditionellen Besuchern ankommt. Wer die Angebote der einzelnen Sektionen studiert, wird die besondere Handschrift des jeweiligen Sektionsleiters unschwer erkennen. Sorgen machen die von Jahr zu Jahr geringer werdenden Mittel, die eine Wiederbelebung stillgelegter Sektionen in Frage stellen und bei gestiegenen Raumkosten, Fahrkosten und Honoraren es schwer machen, die Zahl und Qualität auch in den kommenden Jahren zu halten.

Höhepunkt der Arbeit im Landesbereich war der 7. Internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitische Kongress in Korntal-Münchingen (bei Stuttgart), der seit je gemeinsam mit der Landesgruppe Baden-Württemberg des VdRBw unter der Schirm-

herrschaft des Ministerpräsidenten *Erwin Teufel*, dessen Grüße Innenminister *Dr. Thomas Schäuble* überbrachte, durchgeführt wird. Das Thema lautete dieses Jahr entsprechend den aktuellen Ereignissen »Die neue Bundeswehr«. Rund 200 Gäste aus dem In- und Ausland, Prominenz aus Politik, - darunter einige Landtagsabgeordnete der SPD -, Verwaltung und Bundeswehr nahmen teil. Nach der Begrüßung durch den Landesvorsitzenden des Reservistenverbandes, Oberst d.R. *Peter Eitze* und der Ein-

führung von Oberst *Schultjan* (Kdr im VB 51), Brigadegeneral *Möhring* (stv. Befehlshaber und General nationale Aufgaben im WB V) und Generalmajor *Neubauer* (stv. KG Eurokorps) Papiere zu den folgenden Themen: »Die Rolle der Reservisten in der neuen Struktur. Forderungen an Qualifikation und Ausbildung«, »Streitkräftebasis und die territorialen Aufgaben - eine Herausforderung für Reservisten in der Führungsverantwortung«, »Multinationalität und europäische Eingreiftruppen - Konsequenzen für Struktur, Ausbildung und Reservistenarbeit«. Den Abschluss bildete ein Vortrag von Oberst a.D. *Schmeja* zu dem Thema »Das Pulverfass Naher Osten - Ausgangspunkt für einen Weltbrand?«, den er mit eigenen Dias von einem kürzlichen Studienaufenthalt in der Region illustrierte. Nicht nur die Besucher von GfW und VdRBw, sondern auch die prominenten und ausländischen Gäste spendeten der Veranstaltung, der hervorragenden Organisation, dem Konzept und der Qualität der Darbietungen ein hohes Lob.

Aus der Arbeit der Sektionen

Bodensee-Oberschwaben (SL *Rolf Nägele*): 31.10.2000 OTL d.R. *August Schüler*: »Eindrücke von einer Wehrübung in Sarajewo als Stabsoffizier für Presse - und Öffentlichkeitsarbeit«; 02.11.2000 Minister a.D. *Dr. Erwin Vetter*: »Die EU im Zwiespalt zwischen hoch gesteckten Zielen und schwacher politischer Ausrüstung« (gemeinsam mit Europa-Union); 20.12.2000 OstDir a.D. *Gerhard Nagel*: »Erfahrungen in und um Moskau. Begegnungen mit den russischen Streitkräften«.

Franken (SL Rechtsanwalt Oberst d.R. *Rolf Benedikt*): 07.11.2000 O d.R. *Rolf Benedikt*: »Die neue Bundeswehr«.

Heidelberg (SL Oberst d.R. *Professor Dr. Torsten Stein*): 18.07.2000 General *Dr. Klaus Reinhardt*: »Einsatz im Kosovo« (gemeinsam mit Dt. Atlant. Ges. und VdRBw); 19.12.2000 MdB *Klaus Bühler*, Präsident der parlamentarischen Versammlung der WEU: »WEU - Zukunft oder Übergang?« (gemeinsam mit Dt. Atlant. Ges.). 23.01.2001 *Dr. August Hannig*, Präsident BND: »Proliferation, Geldwäsche und illegale Migration als internationale Herausforderung.«

Karlsruhe (SL OTL a.D. *Hartmut Lorek*): 27.09.2000 Informationsfahrt nach Straßburg; 30.09.2000 MdB *Klaus Bühler*, Präsident der parlamentarischen Versammlung der WEU: »Die WEU - Auslaufmodell oder Hoffnungsträger?« (gem. mit der Dt.-Atlant. Ges.); 04.10.2000 *Dr. Stefan Fröhlich*: »Im Westen nichts Neues?« - Die deutsch-französischen Beziehungen als Motor der EU - Reform.« (gem. mit der Dt.-Atlant. Ges. und der Europa-Union); 05.12.2000 *Francis Eiti-*

Helmut Palme
Oberstleutnant a.D.
* 26. September 1911
5. Februar 2001
Sektionsleiter
Regensburg 1969 bis 1992
und Ehren-Sektionsleiter

führung in die Thematik durch den Landesbereichsvorsitzenden der GfW, Oberst a.D. *Nikolaus Schmeja*, erläuterte der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Vizeadmiral *Rainer Feist*, die Notwendigkeit, die zu einer konzeptionellen Neuorientierung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland geführt hatte. Der Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur der 10. Panzerdivision, Generalmajor *Karl-Heinz Lather*, setzte fort, indem er die Forderungen an das Heer der Zukunft entwickelte und die Umsetzung dieser Forderungen in eine neue Struktur und die Beschaffung moderner Waffen und Geräte darlegte. Generalmajor *Helmut Neubauer*, stellvertretender Kommandierender General des Eurokorps mit Sitz des Hauptquartiers in Straßburg legte am Beispiel seines multinationalen Korps die Möglichkeiten und Probleme, eine europäische Eingreiftruppe zu schaffen, dar. Das Schlüsselwort Interoperabilität und seine Erreichbarkeit bildeten den Kernpunkt der Diskussion zu diesem Thema. Anschließend übernahmen die Zuhörer eine aktive Rolle und erarbeiteten in Gruppen unter fachkundiger Gesprächs-



Landesgruppe Baden-Württemberg

Reservistenverband

Graf Stauffenberg Kaserne
72483 Sigmaringen
Tel.: 07571 / 68 12 63
Fax: 07571 / 68 12 56
e-mail: Info@bwb.vdrbw.de

Presseinformation

Reservisten verband unterstützt Raus Bekenntnis zur Wehrpflicht

Präsident Rauber und Stellvertreter Höfer für Wehrgerechtigkeit

Bonn, 14. November 2000

Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. (VdRBw) begrüßt die Forderung von Bundespräsident Johannes Rau nach einer breiten und offenen Diskussion um die Wehrpflicht. Insbesondere Raus Warnung davor, die „guten Gründe“ für die Wehrpflicht dem Zeitgeist zu opfern, fand die ungeteilte Zustimmung des Verbandes. Bei der Wehrpflicht handele es sich - so Verbandspräsident Helmut Rauber, MdB, und sein Stellvertreter Gerd Höfer, MdB -, um ein „hohes Gut unserer demokratischen Kultur“. Rauber bekräftigte die Auffassung Raus, dass die Zukunft der Wehrpflicht politisch gestaltet und nicht den Gerichten überlassen werden sollte. Gleichzeitig betonten beide Politiker den Zusammenhang von Wehrpflicht und Dienstgerechtigkeit. Die Reduzierung der Wehrpflichtigenplätze von 93.700 in 2001 auf 53.000 in 2010 mit jährlich zirka 100.000 Grundwehrdienstleistende dürfe nicht zu einer Beeinträchtigung der Dienstgerechtigkeit führen. Rauber plädiert dafür, dass diejenigen jungen Männer, die aufgrund der Reduzierungen nicht mehr bei der Bundeswehr gebraucht werden, bei zivilen Organisationen wie dem THW oder der Freiwilligen Feuerwehr einen Gemeinschaftsdienst ableisten können.

Bei Rückfragen: Pressestelle Reservistenverband, Tel.: 0228 25 909 -14, Fax: - 85, Herr Rohde oder Frau Kaiser.

Teilnehmer 7. Kongress: Referenten und Gäste

Aigner	Josef	Ebratsweiler 2	88634	Herdwangen-Schönach	Obergefreiter d.R.
Bartz	Georg	Lindenstr. 2	79809	Weilheim-Rohr	Stabsfeldwebel d.R.
Barz	Reinhard	Graf-Aswin-Kaserne	94327	Bogen	Oberstleutnant
Baumgartner	Rudolf	Nelkenstr. 9	72469	Meißenstetten	Oberstabsfeldwebel d.R.
Benedikt	Rolf	Jägerhausstr. 72	74074	Heilbronn	Oberst d.R.
Bertram	Josef	Konstanzer Str. 28	78224	Singen	Oberfeldwebel d.R.
Blersch	Ulrich	Lichtenwiesen 5	88709	Meersburg	Kapitänleutnant a.D.
Blersch	Edelgard	Leopoldstr. 53	72488	Sigmaringen	Freiwillige Reservistenarbeit
Bodamer	Ralf Alexander	Tauchenweilerstr. 20/1	73457	Essingen	Major d.R.
Brandt	Reinhold	Konstanzer Str. 62	78315	Radolfzell	Stabsunteroffizier d.R.
Bruhn	Johann Michael	Lembergerweg 23	74392	Freudental	Oberfeldwebel d.R.
Bühler	Manfred	Alemannenweg 4	88512	Mengen	Hauptgefreiter d.R.
Burr	Manfred	Schubartstr. 33	89134	Blaustein	Stabsfeldwebel d.R.
Cunitz	Bernd	Bismarckstr. 83	73433	Aalen	Oberfeldwebel d.R.
Dauven	Ottmar	Sonnenbergstr. 49	71120	Grafenau	Hauptmann d.R.
Degler	Philipp	Fr.-Ebert-Str. 2/2	76437	Rastatt	Oberfeldwebel d.R.
Dipl.-Ing Kortt	Ulrich	Öhringer Straße 18	74189	Weinsberg	Fregattenkapitän d.R.
Dr. Bauer	Florian	Forchenweg 7	78549	Spaichingen	Oberstabsarzt d.R.
Dr. Dettinger	Konsul	Am Schlosspark 21	79252	Stegen	Oberstleutnant d.R.
Dr. Kasper	Siegfried	Fuchsgrube 19	71334	Waiblingen	Oberstleutnant d.R.
Dr. Rommelfanger	Ulrich	Jakob-Sigle-Platz 1	70806	Kornwestheim	Oberbürgermeister
Drasow	Sascha	Im Vogelsang 6	71665	Vaihingen / Enz	Leutnant d.R.
Duttlinger	Friedrich	Im Hardt 22	79777	Uhligen-Birkendorf 1	Hauptmann d.R.
Eberhardt	Ingo	Breslauerstr. 7	73072	Donzdorf	Hauptgefreiter d.R.
Ehrlich	Burkhart	Blauenweg 4	79379	Müllheim	Oberstleutnant d.R.
Eitze	Peter	Burgunderweg 6	78464	Konstanz	Oberstleutnant d.R.
Eppler	Rudi	Heubergstr. 2	78554	Aldingen	Stabsfeldwebel d.R.
Feldmann	Klaus	Reinhard-Kaserne	73479	Ellwangen	Brigadegeneral
Fiedler	Heinz	Wassermannngasse 17	71665	Vaihingen / Enz	Hauptmann d.R.
Fischer	Markus	Kernerplatz 9	70182	Stuttgart	Hauptmann d.R.
Flach	Karl-Heinz	Kasernenweg 2	74821	Mosbach	Oberstleutnant a.D.d.R.
Freiberg	Klaus	Kranichweg 23	68307	Mannheim	Oberstleutnant d.R.
Gabriel	Martin	Torstr. 15	74343	Sachsenheim	Obergefreiter UA d.R.
Gehrmann	Wolfgang	Schulerstr. 6	72379	Hechingen	Feldwebel d.R.
Geis	Karl-Heinz	Tulpenweg 6	88255	Baindt	Hauptmann d.R.
Gentner	Richard	Sießener Str. 2	88348	Bad Saulgau	Hauptfeldwebel d.R.
Goerz	Roland	Fliederweg 8	97941	Tauberbischofsheim	Hauptmann
Göhringer	Peter	Leibnizstr. 2 A	75210	Keltern	Stabsfeldwebel d.R.
Greiselis	Dr. Waldis	Umlandstr. 9	76698	Ubstadt-Weiher	Oberstleutnant a.D.d.R.
Haas	Kurt	Tannenbergr. 38	88214	Ravensburg	Hauptfeldwebel d.R.
Hagele	Udo	Tannenweg 26	72654	Neckartenzlingen	Oberstleutnant d.R.
Hagemann	Horst	Knickstr. 13a	31832	Springe	Oberstleutnant d.R.
Haigis	Lothar	Sägegasse 5	78669	Wellendingen	Major d.R.
Haug	Josef	Lindenstr. 26	88696	Öwingen/Hohenbod	Unteroffizier d.R.
Hellriegel	Rolf	Augustenburger Str. 8	24860	Böklund	Oberstleutnant a.D.d.R.
Helm	Dieter	Marbacher Str. 10	71691	Freiberg	Stabsfeldwebel d.R.
Hepperle	Georg	Friedrichstr. 44	88045	Friedrichshafen	Major d.R.

Hertkorn	Ulrich	Allgäustr. 23	70599	Stuttgart	Major d.R.
Hesslinger	Klaus	Kalkhofstr. 4	70567	Stuttgart	Stabsfeldwebel d.R.
Heynkes	Marco	Finkenweg 4	79650	Schopf heim	Hauptgefreiter d.R.
Hocker	Patrick	Reiherweg 20	71032	Böblingen	Hauptmann d.R.
Hotz	Karl-Friedrich	Bauernwaldstr. 98	70195	Stuttgart	Major d.R.
Huber	Markus	Dr. Heinr.-Köhler-Str. 58	74731	Walldürn	Feldwebel d.R.
Idler	Dr. Roland	Herderstr. 7	71522	Backnang	Oberst d.R.
Irmer	Thomas	Mannheimer Str. 65	78467	Konstanz	Oberbootsmann d.R.
Jacobs	Lars	Robert-Schumann-Kaserne	79371	Mülheim	Oberstleutnant i.G.
Joseph	Gerhard	An der Pfinz 8	76229	Karlsruhe	Oberfeldwebel d.R.
Josupeit	Hermann	Marstall G 8	71634	Ludwigsburg	Oberstleutnant d.R.
Kaden	Klaus	Im Haferfeld 8	70806	Kornwestheim	Gefreiter d.R.
Kaufmann	Wolfgang	Marienstr. 12/5	71229	Leonberg	Oberfeldwebel d.R.
Kaupisch	Dieter	Maisenbachstraße 11	76359	Marzell	Oberstleutnant d.R.
Kiss	Stefan	Hirschstr. 32	71272	Renningen	Oberleutnant d.R.
Knauer	Max	Lilienstr. 11	76703	Kraichtal	Stabsfeldwebel a.D.
Knobloch	Jürgen	Reinhardt-Kaserne	73477	Ellwangen	Oberstleutnant
KnönageJ	Eberhard	Steubenstr. 12	71638	Ludwigsburg	Leutnant a.D.
Kobes	Rolf-Dieter	Hansjakobstr. 27	77871	Renchen	Stabsfeldwebel d.R.
Köpke	Wolfgang	Binger Straße 28	72488	Sigmaringen	Oberst i.G.
Kraft	Kai	Heinrich Lanz 18	69502	Hemsbach	Obergefreiter d.R.
Krause	Andreas	Gelber Kreidebusen 6	72108	Rottenburg	Oberstleutnant a.D.
Kuhn	Dr. Claus	Wilhelm-Pfoh-Str. 37	74706	Osterburken	Oberstabsarzt d.R.
Lämmerzahl	Norbert	Schelmenstr. 26	73035	Göppingen	Major d.R.
Lang	Hans-Werner	Käppelesbühl 10	72511	Bingen	Bereichsorganisationsleiter
Lather	Karl-Heinz	Binger Straße 28	72488	Sigmaringen	Generalmajor
Lauster	Siegfried	Kornbeckstr. 8	71640	Ludwigsburg	Oberstabsfeldwebel d.R.
Leclerque	Dr. Johannes	Steinbügelstr. 9	76228	Karlsruhe	Oberstleutnant d.R.
Letschert	Hermann	Südstr. 11	55483	Heinzenbach	Oberst d.R.
Link	Egon	Wiesenstraße 8	CH-9220	Bischofszell	Gefreiter d.R.
Lunitz	Dr. Martin	Sigismundstr. 16	78462	Konstanz	BezGeschFhr Volksbund
Luz	Eberhard	Mühlberg 25	72116	Öschingen	Obergefreiter d.R.
Mack	Lothar	Beethovenstr. 2	73663	Berglen	Feldwebel d.R.
Meier	Bodo	Steigstr. 21	72820	Erpfingen	Kapitänleutnant d.R.
Mezger	Jürgen	Schubertstr. 4	88085	Langenargen	Stabsfeldwebel d.R.
Möhring	Hans-Dieter	Binger Straße 28	72488	Sigmaringen	Brigadegeneral
Molt	Matthias	Salamanderweg 5	70499	Stuttgart	Major d.R.
Much	Hubert	Hohenberg-Kaserne	72160	Horb a.N.	Oberstleutnant
Müller	Stephan	Stefan-Zweig-Str. 9	70469	Stuttgart	Major d.R.
Münch	Peter	Stuttgarter Str. 154	71732	Tamm	Oberstleutnant d.R.
Niemeyer	Klaus	PF 10 52 61	70045	Stuttgart	Vizepräsident
Pinget	Bruno	Kinzigstr. 2	79371	Müllheim	Colonel
Pohl	Angelika	Heilbronner Str. 186	70191	Stuttgart	Medizinalkollegin
Puschel	Dieter	Karlsbader Str. 51	67065	Ludwigshafen	Stabsfeldwebel d.R.
Rapp	Dr. Horst	Ruppmannstr. 21	70565	Stuttgart	Regierungsvizepräsident
Rapp	Horst	Comburgweg 3	71686	Remseck a.N.	Hauptfeldwebel d.R.
Redi	Karl	Militärkommando Vorarlberg		Bregenz	Divisionär
Ritter v. Fitz	Erwin	Oberst-Bilgeri-Kaserne	A-6900	Bregenz	Oberstleutnant
Roduch	Lothar	Böhmerstr. 5	73540	Heubach-Lautern	Oberstleutnant d.R.
Rohr	Josef	Berliner Str. 8	74321	Sietigheim-Bissinaen	Obergefreiter UA d.R.
Römer	Toni	Staig 22	88287	Grünkraut	Oberstabsfeldwebel d.R.

Ruppert	Karl Ludwig	Johannesstr. 5	88410	Bad Wurzach	Oberfeldwebel d.R.
Ruppert	Oliver	Johannesstr. 5	88410	Bad Wurzach	Hauptfeldwebel d.R.
Schäffler	Peter	Fr.-Keller-Str. 6	71642	Ludwigsburg	Hauptfeldwebel d.R.
Schänzle	Wolfgang Dieter	Lautergartenstr. 20	73072	Donzdorf	Major d.R.
Schaulinski	Ernst-W.	Hahnstr. 6	88677	Markdorf	Fregattenkapitän d.R.
Schemeit	Manfred	Ostheimstr. 50	72458	Albstadt	Hauptfeldwebel d.R.
Scheuer	Dr. Gerhart	Schlittweg 25	69198	Schriesheim	
Schick	Werner	Am Heudorfer Kreuz 3	72516	Scheer	Bereichsgeschäftsführer
Schleyer	Bernhard	Lenastr. 16	72488	Sigmaringen	Oberstleutnant d.R.
Schlobies	Silke				
Schmeja	Nikolaus	Vischerstr. 13	72072	Tübingen	Oberst a.D.
Schmidt	Heinz F.	Karl-Braun-Weg 1	70771	Leinfelden	Oberstleutnant d.R.
Schreiber	Jürgen	Allmannsdorfer Str. 50	78464	Konstanz	Stabsbootsmann d.R.
Schulenburg	Werner	Hermann-Hesse-Str. 10	70734	Fellbach	Oberstleutnant d.R.
Schultjan	Helmut	Theodor-Heuss-Kaserne	70374	Stuttgart	Oberst
Schuster	Herbert	A.-Stifter-Str. 17	74736	Hardheim	Fahnenjunker d.R.
Schweickart	Robert	25 A route de Saverne	F-67205	Strasbourg	Colonel ®
Schweikart	Harald	Rotenbergstr 85	70190	Stuttgart	Stabsfeldwebel d.R.
Schweinbenz	Benno	Uhlandweg 2	88239	Wangen	Oberstleutnant d.R.
Selg	Heinz-Jürgen	Schlossbergstr. 3	88348	Bad Saulgau	Obergefreiter d.R.
Semmier	Heinz	Langenbergstr. 35	75031	Eppingen	Stabsfeldwebel d.R.
Sieber	Roland	Gaisburgstr. 9	70182	Stuttgart	Oberfeldwebel d.R.
Sihler	Michael	Kappel 16	97944	Boxberg	Oberstleutnant d.R.
Sorge	Jörg	Neue Siedlung 40	72525	Münsingen/Breith.	Stabsfeldwebel d.R.
Speidel	Hardy	Bahnhofstr. 13	88631	Beuron	Oberleutnant
Spohn	Rudolf	Kesselbronn 1	89081	Ulm	Oberfeldwebel d.R.
Stauffer	Andreas	Zavelsteinweg 11	71686	Remseck a.N.	Oberleutnant d.R.
Stein	Karl-Dieter	PF 10 52 61	70045	Stuttgart	Präsident
Stoppler	Michael	Märzenstr. 4	79238	Ehrenkirchen	Oberstleutnant d.R.
Straub	Emst	Gehlingstr. 10	69469	Weinheim	Stabsunteroffizier d.R.
Ströbele		Binger Straße 28	72488	Sigmaringen	
Stumpf	Wilhelm	Georg-Blasel-Str. 5	76275	Ettlingen	Oberfeldwebel d.R.
Stützer	Wolfgang	Villastr. 2	72138	Kirchentellinsfurt	
Sulimma	Klaus-Dieter	Herrenberger Str. 64	71069	Sindelfingen	Oberfeldwebel d.R.
Trzetzak	Georg A.	Durlacher Str. 14	76229	Karlsruhe	Oberstleutnant d.R.
Ulrich	Adalbert	Düsseldorfer Str. 14 D	70376	Stuttgart	Oberstleutnant d.R.
Vieczenz	Karin	Borrenstraße 3	72488	Sigmaringen	
Volquardsen	Dirk	Eleonorenstr. 42	55124	Mainz-Gonsenheim	Oberleutnant d.R.
Walther	Roland	Max-Eyth-Str. 6	71229	Leonberg	Stabshauptmann a.D.
Walz	Dr. Manfred	R.-Wagner-Str. 15	70184	Stuttgart	Ministerialdirigent, Oberst d.R.
Weber	Norbert	Kaiserstraße 13	72805	Lichtenstein	Major d.R.
Weiß	Rainer	Untergasse 29	74731	Walldürn	Oberfeldwebel d.R.
Wening	Joh.-Ulrich	Mittelgewann 3 a	68723	Schwetzingen	Oberstleutnant d.R.
Wilczek	Dr. Ing. Elmar	Spiegelberg 3	88090	Immenstaad	Korvettenkapitän d.R.
Wolf	Erich	Franz-Schulbert-Straße 4	69190	Walldorf	Stabsfeldwebel
Wolff	Hans	Stiftswaldstr. 7	70569	Stuttgart	Hauptgefreiter d.R.
Zimmermann	Gerhard	Gundolfstr. 1	69120	Heidelberg	Hauptfeldwebel d.R.
Ziolkowski	Gustav	Binger Straße 28	72488	Sigmaringen	

Inhalt

Programm		Seite 1
Einführung	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja	Seite 2 und 3
	Landesvorsitzender VdRBw Oberst d.R. Peter Eitze	
Eröffnungsrede	Landesvorsitzender VdRBw Oberst d.R. Peter Eitze	Seiten4 bis 8
Grußwort	Staatssekretär Stefan Mappus	Seite 9
Einführung	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja	Seiten10 bis 15
Vorträge	Stellvertretender Generalinspekteur Vizeadmiral Rainer Feist	Seiten16 bis 23
	Befehlshaber WBK V und Kommandeur 10. PzDiv Generalmajor Karl-Heinz Lather	Seiten 24 bis 31
	Seilvertretender KG (GE) Eurokorps Generalmajor Helmut Neubauer	Seiten 32 bis 39
	Landesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja	Seiten 40 bis 44
Arbeitskreise 1-3		Seiten 45 bis 50
Presse		Seiten 51 bis 54
Teilnehmer		Seiten 55 bis 57

Reservistenverband - ein überzeugendes Angebot für Reservisten, Soldaten und alle sicherheitspolitisch Interessierten.

Unterstützen Sie unsere Arbeit durch Ihre Mitgliedschaft.

**8. Sicherheits-
und Verteidigungspolitischer
Kongress
am 23. und 24.11.2001
in Karlsruhe**

Reservisten im Internet: vdrbw.de

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Bereichsgeschäftsstelle V
Binger Straße 28, 72488 Sigmaringen
Tel.: (07571) 68 12 63 / Fax: 68 12 56
E-Mail: bereich-5@vdrbw.de